1. August 1914: Beginn des 1. Weltkrieges Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 31 vom 3. August 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Absetzungsverfahren gegen Nixon

Zerrüttung des US-Imperialismus

Letzte Woche hat sich eine Mehrheit des amerikanischen Repräsentantenhauses für die Einleitung des Verfahrens zur Amtsenthebung von Präsident Nixon ausgesprochen. Nicht aus freien Stücken macht die amerikanische Monopolbourgeoisie diesen Schritt. Ist es doch eine ungeheure Niederlage für sie, ihren „ersten Mann der Nation" als selbst nach den eigenen Gesetzen entlarvten Gangster fallen zu lassen.

Aber der amerikanischen Monopolbourgeoisie blieb keine andere Möglichkeit. „Nieder mit dem US-Imperialismus!" „USA–SA–SS...", „Nixon–Mörder!", über den ganzen Erdball ertönten diese Parolen. Der heldenhafte Kampf der indochinesischen Völker, Widerstandsbewegungen auf der ganzen Welt, Massendemonstrationen bei Staatsbesuchen und nicht zuletzt die revolutionäre Bewegung im eigenen Land haben die Situation für Nixon unhaltbar gemacht. In den USA selbst gründeten sich z. B. überall Komitees „Throw the Bum out!" (das heißt: „Werft den Arsch raus!", gemeint ist Nixon). Tausende beteiligten sich aktiv auf Demonstrationen dieser Komitees, und die amerikanischen Imperialisten haben allen Grund zu fürchten, daß der Haß und die Aktionen des Volkes nicht bei Nixon stehen bleiben, sondern sich immer mehr gegen die Klasse richten, die für die imperialistischen Verbrechen verantwortlich ist, gegen sie selbst. **Deshalb lassen sie lieber Nixon fallen und opfern ihn als Gangster, um davon abzulenken, daß Nixon Kriegsverbrechen und Völkermord gerade im Auftrag der amerikanischen imperialistischen Bourgeoisie, zur Erhaltung und Vergrößerung ihrer Macht, begangen hat.**

Die geplante Amtsenthebung von Nixon ist also nicht ein „Sieg der Demokratie", wie die bürgerliche Presse es darzustellen versucht, sondern ein Ausdruck der Zerrüttung des US-Imperialismus. Unter dem Einfluß und der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien werden die vom US-Imperialismus unterdrückten Völker und das amerikanische Volk selbst diese Schwäche ausnutzen und ihm weitere Schläge versetzen. Denn nicht die Amtsenthebung des Präsidenten durch den Senat, sondern nur der bewaffnete Kampf der Massen bereitet dem US-Imperialismus und seinen Verbrechen endgültig sein Ende.

Zypern/Griechenland

Die Supermächte können nicht schalten und walten, wie sie wollen

Die Cypern-Krise, die Ereignisse im Mittelmeerraum haben den Völkern der Welt erneut vor Augen geführt, daß die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges nach wie vor besteht. Sie haben gezeigt, daß die Hauptkriegsgefahr in der Welt gegenwärtig vom Kampf der beiden Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, um die Weltherrschaft ausgeht. Aber in den letzten Wochen hat sich auch bestätigt, daß sich die Lage in der Welt, obwohl die Imperialisten, allen voran die Supermächte, in ihrem Streben nach Hegemonie keine Möglichkeit auslassen, um Unfrieden zu stiften, insgesamt zugunsten der Völker entwickelt.



Der Kampf des griechischen Volkes hatte die Herrschaft der Junta bereits bis in die Grundfesten erschüttert.

Was auf Cypern, in der Türkei, in Griechenland geschehen ist und geschieht – die Supermächte und die westeuropäischen Nato-Imperialisten haben ihre Finger im Spiel. **Aber sie können nicht schalten und walten, wie sie wollen.** So brüstete sich Nixon zwar, der „tragische Kampf zwischen Griechenland und der Türkei" habe „nur durch die Führerschaft der Vereinigten Staaten abgewendet werden können", aber sein Großsprechertum kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß den US-Imperialisten der Wind heftig ins Gesicht blies, daß sie gleich von drei Seiten in Bedrängnis gebracht wurden: 1. versuchten die Sozialimperialisten massiv, die Position der US-Imperialisten im Mittelmeer zu schwächen; 2. versuchten die westeuropäischen Imperialisten ihre Position in der Nato gegenüber dem US-Imperialismus zu stärken; 3. schlug dem US-Imperialismus weltweit die Empörung der Völker entgegen, als er versuchte, den Putsch auf Cypern stillschweigend für den Ausbau seiner Machtposition auszunutzen und sich im UN-Sicherheitsrat weigerte, einer Verurteilung der Athener Faschisten zuzustimmen.

Zwar versuchte Kissinger in der Rolle des „souveränen Weltenlenkers" aufzutreten, als er, noch bevor die Athener Militärs ihren Rückzug aus der Regierung bekannt gaben, gleich bei drei Gelegenheiten den Regierungswechsel in Athen voraussagte, aber es besteht in Wirklichkeit kein Zweifel, daß die US-Imperialisten die von ihnen vor 7 Jahren in den Sattel gehobenen Militärs keineswegs aus freien Stücken zum Rückzug zwangen. **Tatsache ist vielmehr, daß der heldenhafte Kampf des griechischen Volkes die Herrschaft der Obristen bis in die Grundfesten erschüttert hatte, daß der US-Imperialismus fürchten muß-**

Fortsetzung auf Seite 2

EG-Monopole halten Rindfleisch knapp und teuer

Fleisch und insbesondere Rindfleisch ist in vielen Arbeiterhaushalten Mangelware geworden. Man fühlt sich an die Nachkriegszeit erinnert, wenn man sieht, wie bei den Kochrezepten der „Frauenzeitschriften" wieder die Werbetrommel für „falsche Kotelettes" und ähnliches gerührt wird. In den nüchternen Zahlen der Statistik liest sich das so, daß 1973 2 Kilo Fleisch weniger pro Person verbraucht worden sind als noch 1972. Obwohl sich also viele Familien eingeschränkt haben, mußten sie trotzdem mehr Geld für das Fleisch ausgeben – 1,6 Milliarden DM mehr als im Vorjahr.

Die Tatsache, daß die Fleischtöpfe in den Arbeiterfamilien immer häufiger alltags leer bleiben müssen, heißt nun allerdings nicht, daß es zuwenig Fleisch gibt. Fleisch, und insbesondere Rindfleisch gibt es im Überfluß. 135 000 t Rindfleisch stapeln sich mittlerweise in den Kühlhäusern der EG-Monopole. Es wäre also von der vorhandenen Menge Fleisch her kein Problem, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Aber um die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen geht es im Kapitalismus nicht. Keinen Gedanken haben die Herren der EG bei ihren Konferenzen über die Beseitigung des Fleischberges daran verschwendet, etwa die Preise zu senken, damit sich jeder Fleisch kaufen kann. Im Kapitalismus geht es für die Kapitalistenklasse allein darum, Profite zu erzielen. Und so hat auch bei den Konferenzen der EG-Herren nur ein Problem eine Rolle gespielt: wie man an diesem Rinderberg möglichst viel verdienen kann.

Das Ergebnis sieht genauso aus wie die „Lösung" für die Beseitigung des Milchberges, des Butterberges, der Weinberges usw.: die Steuerzahler, also wieder die Werktätigen, sollen in die Tasche greifen. 1,2 Milliarden kostet die Werktätigen dieser Rinderberg.

Jetzt, wo die EG-Herren das Geld in der Tasche haben, ist auch von der „Sozialleistung" für Rentner keine Rede mehr. Jetzt wird offen gesagt, wo die billigen Rinder hingehen sollen: 50 000 t durch Subventionen verbilligtes Rindfleisch sind jetzt schon an die sowjetischen Sozialimperialisten verschachert. Und auch sie werden das Rindfleisch nicht etwa günstig an die russischen Werktätigen abgeben, sondern ihr Geschäft damit machen, genauso wie sie es mit der billigen EG-Butter auch gemacht haben.

Fortsetzung auf Seite 4

Aus dem Inhalt:

Genosse Schubert, Verleger des Roten Morgen: 'Was im Roten Morgen steht, sind Tatsachen, die Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können.'

An den Staatsanwalt Greiser (Dortmund) und die Richter Weiß (Dortmund), Rosenmüller (Duisburg) u. a.

Als Verleger der Wochenzeitschrift ROTER MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML, sind mir die Beschlagnahmeurteile für die Nr. 25, 26 und das Extrablatt „Die Polizei hat ihn erschlagen – ihr Terror macht vor dem Grab nicht halt" zugegangen. Obwohl laufend auch der ROTE MORGEN Nr. 27 und andere beschlagnahmt oder „sichergestellt" werden, sind mir dazu keine Urteile zugegangen. Begleitet wurden die Beschlagnahmeurteile mit der Androhung einer Strafe bis zu 10 000 DM oder einem Jahr Gefängnis „bei Zuwiderhandlung", sowie einer ganzen Serie von Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Redakteure und mich. Der erste Strafbefehl über 800 DM und Einziehung der Auflage des ROTEN MORGEN Nr. 25 ist bereits eingegangen. Zu den Beschuldigungen gegen mich nehme ich hiermit öffentlich Stellung, wobei ich mich auf den Kern der Vorwürfe beschränke:



Günter Routhier muss gerächt werden! IH 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 22. Juni 1974

Genosse Günter Routhier

"Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!"

Drei Nummern des Roten Morgen und ein Extrablatt wurden aus Angst vor der Empörung der Massen beschlagnahmt.

Sie werfen mir vor, daß im ROTEN MORGEN die Duisburger Polizei eines Mordanschlags beschuldigt wird und von Polizeiterror und Gestapomethoden die Rede ist. **Aber alles, was im ROTEN MORGEN steht, sind Tatsachen, die sie mit all ihren Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können.** Wenn Polizisten auf Anordnung des Richters die Zuschauer im Arbeitsgericht brutal überfallen und zusammenschlagen und dabei den Genossen Günter Routhier, obwohl immer wieder auf seine Blutkrankheit, bei der jede Verletzung zum Tode führen kann, hingewiesen wird, auf das Hinterhältigste mißhandeln (in die Stuhlreihen werfen, die Treppe hinunterstürzen, als er bereits bewußtlos ist, seinen Kopf auf den Boden des Fahrzeugs und anschließend auf die Stufen des Polizeipräsidiums aufprallen lassen), dann ist das Polizeiterror. Dann ist es vollkommen richtig zu sagen: **„Das ist der Geist von Ausschwitz und Maidanek. Das sind Gestapomethoden, gerichtet auf die physische Vernichtung des Gegners, der fortschrittlichen, der kommunistischen Arbeiter!"**

Verleumdung, böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik usw. leiten Sie auch aus der Berichterstattung über den Trauerzug zu Ehren des von der Polizei ermordeten Genossen Routhier ab. Tatsache aber ist, daß aus ganz NRW zusammengezogene Polizeitruppen, mit Gummiknüppeln, Pistolen, Helmen und Schildern ausgerüstet und mit Wasserwerfern, Maschinenpistolen, ja sogar den berüchtigten MEKs (im Volksmund: Mordeinsatzkommandos) in Reserve, den Trauerzug brutal überfallen haben. Entgegen allen Lügen der Polizei war dieser Trauerzug nicht verboten. Frau Routhier, die ihn anmeldete, ging niemals ein Verbot zu. Da hierbei die Trauergäste zusammengeschlagen und niedergetrampelt, Kranzträger verhaftet, Kränze, Blumen und Kranzschärpen zerfetzt wurden und nach der Beerdigung eine Menschenjagd auf alle, die Trauerkleidung trugen, veranstaltet wurde – ich habe dies alles miterlebt – ist die Bezeichnung „Schlägerbanden des Kapitals" und „faschistischer Terror" auch hier völlig gerechtfertigt.

Ich kann Ihnen versichern, daß die von Ihnen im ROTEN MORGEN mit Strafandrohung belegten „Verleumdungen" nicht nur die Auffassung der KPD/ML und der überfallenen Trauergäste wiedergeben, sondern daß die meisten Zuschauer, vor allem Bewohner der umliegenden Häuser, die gleiche Meinung äußerten. Viele fügten noch hinzu, daß sie nach diesem Polizeiüberfall keinen Zweifel mehr haben, daß Günter Routhier tatsächlich von der Polizei erschlagen wurde.

Sicher, der Polizeipräsident von Duisburg hat diesen Terror stolz „wehrhafte Demokratie" genannt. Damit hat er unbeabsichtigt vielen, die diesen Terror miterlebt haben, auch klargemacht, was von dieser „Demokratie" in der deutschen Bundesrepublik zu halten ist: sie ist gegen das Volk gerichtet und wird mit Waffengewalt aufrechterhalten.

Viele, die sich noch Illusionen über diesen Staat machten, haben nach diesem Polizeiterror erkannt, daß die Polizei tatsächlich eine Schlägerbande und Bürgerkriegstruppe des Kapitals ist, wie es die KPD/ML schon immer nachgewiesen hat. Wenn Sie dies nicht glauben, versuchen Sie mal, der werktätigen Bevölkerung von Duisburg-Wanheimerort, die den Polizeiterror miterlebt hat, klarzumachen, daß es sich hierbei um notwendige Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes handelte, Sie werden Ihr blaues Wunder erleben!

In der Berichterstattung des ROTEN MORGEN wird von Ihnen stets als besonders "verunglimpfend" gewertet, daß die Mörder des Genossen Routhier auch als Mörder bezeichnet werden.
Im Duisburger Beschlagnahmeurteil heißt es dazu:
„Das steht im Widerspruch zu dem gerichtsbekannten Obduktionsbefund." Dieser „gerichtsbekannte Obduktionsbefund" ist mir nicht bekannt und nicht einmal Frau Routhier, der Witwe des Ermordeten, wurde dieses Ergebnis mitgeteilt. **Ich weiß allerdings, unter welchen Umständen es zustandekam.** Frau Dr. Gedeon wurde die Teilnahme an der Obduktion verweigert mit der aufschlußreichen Begründung, daß sie als Ärztin des Vertrauens von Frau Routhier nicht neutral sei. Vertreter der Duisburger Polizei dagegen, verantwortlich für die Erschlagung von Genossen Routhier, wurden im Hinblick auf das gewünschte Obduktionsergebnis als „neutral" eingeschätzt. Sie konnten ungehindert im gerichtsmedizinischen Institut ein- und ausgehen.

Weiter durften Studenten **erstmals**, wie es in einer Erklärung des AStA heißt, nicht an einer Obduktion teilnehmen. **Sie wissen, daß von den mit Polizeigewalt vertriebenen Studenten offen der Verdacht geäußert wurde, daß hier ein Arbeitermord vertuscht werden soll.**

Fortsetzung auf Seite 7

Umweltamt in Westberlin
Ein aggressives Manöver des westdeutschen Imperialismus

Am 22. Juli trat das Gesetz zur Errichtung des Umweltschutzbundesamts in Westberlin in Kraft. Es liegt auf der Hand, daß es der Bonner Regierung dabei nicht um den Kampf gegen Giftmüll- und andere Umweltverbrecher geht. Die Errichtung dieses Umweltamtes ist vielmehr ein weiterer offener Bruch des Potsdamer Abkommens, nach dem Westberlin auf dem Territorium der DDR liegend betrachtet werden muß, und ein deutlicher Ausdruck der aggressiven und revanchistischen Politik des westdeutschen Imperialismus.

Wie schon die Außenpolitik Adenauers, so verfolgt auch die SPD/FDP-Regierung mit ihrer „neuen" Ostpolitik als ein wichtiges Ziel die Rückeroberung der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus. Westberlin ist für diesen der wichtigste politische Brückenpfeiler, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb versäumen die westdeutschen Imperialisten und ihre Regierungslakaien, gleich welcher Partei, keine Gelegenheit, ihren widerrechtlichen Anspruch auf Westberlin zum Ausdruck zu bringen, ob es die Wahl des Bundespräsidenten, die Fußballweltmeisterschaft oder jetzt die Errichtung des Umweltbundesamtes ist. Dabei berufen sie sich auf das Viermächte-Abkommen.

Zwar hat die DDR und haben die modernen Revisionisten anderer Länder lauthals gegen dieses Umweltbundesamt in Westberlin protestiert. Doch worauf gründete sich ihr „Protest"? Ebenfalls auf das Viermächte-Abkommen! Die Machthaber in beiden deutschen Staaten berufen sich also auf ein Abkommen, das die anhaltende Besatzung Deutschlands durch Truppen der Supermächte im Westen und im Osten zur Grundlage hat. Ist dies nicht ein erneuter Beweis für die Tatsache, daß sowohl die westdeutsche Bourgeoisie als auch die neue Bourgeoisie in der DDR die nationalen Interessen unseres Volkes mit Füßen treten?

Das Viermächteabkommen ist nicht, wie die modernen Revisionisten weismachen wollen, ein epochales Garantiewerk für den Frieden in Europa, sondern im Gegenteil ein imperialistisches Komplott vor allem der beiden Supermächte zur zeitweisen Abgrenzung ihrer Interessenssphären in Europa. Durch ihr Ringen um die Weltherrschaft gerade auch auf europäischem Boden bedrohen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion beständig die Völker mit einem neuen Weltkrieg. Der westdeutsche Imperialismus, der wichtigste Komplize des US-Imperialismus, versucht seinerseits die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten auszunutzen, um selbst wieder eine imperialistische Supermacht zu werden. Dabei schreckt er auch nicht davor zurück, durch seine aggressiven und revanchistischen Manöver, wie z. B. jetzt durch die Errichtung des Umweltbundesamtes, die Kriegsgefahr in Europa zusätzlich zu verschärfen.

Aber nicht die Annexion der DDR durch die westdeutschen Imperialisten, sondern nur die Revolution in beiden deutschen Staaten und die Vertreibung der Supermächte von deutschem Boden wird die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne des deutschen Volkes bringen! In diesem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland wird Berlin die rote Hauptstadt und nicht mehr Spielball imperialistischer Machtkämpfe sein!

Die Supermächte ...

Fortsetzung von Seite 1

te, daß der revolutionäre Ansturm des griechischen Volkes gegen die Junta-Diktatur auch seiner Herrschaft in Griechenland ein Ende setzen würde. Tatsache ist, daß bei der Ankunft des neuen griechischen Regierungschefs Karamenalis in Athen u. a. auch Transparente mit der Forderung „Hinaus mit den Amerikanern!" getragen wurden.

Und es gibt noch einen anderen Grund, warum die US-Imperialisten sich gezwungen sahen, die in der ganzen Welt verhaßten Junta-Faschisten aus der Schußlinie zu nehmen: die westeuropäischen Nato-Staaten, die wie die westdeutschen Imperialisten unter dem Deckmantel der „Demokratie" die Faschisierung ihrer Staatsapparate betreiben, weigerten sich, die Athener Faschisten-Junta weiter zu stützen, um nicht im eigenen Land und vor den Völkern der Welt zu frühzeitig die „demokratische" Maske fallen lassen zu müssen und in ihrem faschistischen Wesen erkannt zu werden.

In dieser Situation hievte der US-Imperialismus in Griechenland und auf Cypern unverfänglichere Statthalter an die Macht. **Das zeigt, daß er sich wachsenden Schwierigkeiten ausgesetzt sieht. Er ist gewiß noch mächtig und stark, aber die Initiative liegt nicht mehr bei ihm.**

Ähnlich verhält es sich mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Über die revisionistischen Parteien haben sie eine weltweite Kampagne entfacht, die den US-Imperialismus und die Nato als die einzig aggressiven Kräfte hinstellen sollte. Damit wollten sie von ihrer eigenen Aggressivität ablenken. In Wirklichkeit versuchten sie, das Ausbrechen des Konflikts zwischen den Nato-Staaten Griechenland und der Türkei und die Verschärfung der Widersprüche zwischen den westeuropäischen Nato-Imperialisten und dem US-Imperialismus auszunützen, um selbst ihren Aufmarsch im Mittelmeer voranzutreiben, der sich besonders gegen die Völker des Nahen Ostens, des Balkans, aber auch gegen Westeuropa richtet. **Besonders das sozialistische China und Albanein rissen ihnen auch jetzt wieder die Maske vom Gesicht und die Völker der Welt haben die neuen Zaren als notorische Brandstifter durchschaut.**

Die Ereignisse im Mittelmeerraum sind Ausdruck der Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus. Auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas hob der Genosse Tschou En-lai hervor: **„Die gegenwärtige internationale Lage ist durch großen Aufruhr in der ganzen Welt gekennzeichnet. (...) Das beschreibt genau, wie sich die von Lenin analysierten verschiedenen Grundwidersprüche in der Welt heute zeigen. Deren Stand ist eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung; der große Aufruhr geht aber weiter. Ein solcher Aufruhr ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker. Er bringt die Feinde in Verwirrung und differenziert sie, er weckt und stählt die Völker und gibt neue Impulse dafür, daß sich die internationale Lage weiter zugunsten der Völker und zu ungunsten des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder entwickelt."**

Deine scharfe Waffe Roter Morgen

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden für den ROTEN MORGEN ein:
1. 7., Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Hamburg, 120 DM – 2. 7., H. R., Augsburg, 5 DM – 3. 7., Spenden beim RM-Verkauf in Bochum, 10 DM – 5. 7., Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Stuttgart, 50 DM – 8. 7., RM-Leserrunde Berlin-Kreuzberg, 25 DM – 9. 7., H. F., Naunheim, 10 DM – 10. 7., Westberliner Taxifahrer, 20 DM – 11. 7., Sympathisantin aus Westberlin, 1 000 DM – 18. 7., Geschw. W., Spende, 20 DM – 18. 7., KSB/ML-Zelle, Westberlin, TFH, 30 DM – 19. 7., PLK, Freiburg, 50 DM – 19. 7., G. J., Bremen, 13,05 DM – 19. 7., A. K., Bremen, 5 DM – 19. 7., Hochzeitsfeier im Wedding, 550 DM – 22. 7., R. W., Essen, 135 DM – 23. 7., M. F., Neumünster, 72 DM – 25. 7., A. L., Bremen, 50 DM.

Summe DM 2 265,05



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeitsgerichte-Klassengerichte der Bourgeoisie

„Arbeitsgerichte hoffnungslos überlastet – 6 Monate Wartezeiten“ – solche und ähnliche Meldungen waren in der letzten Zeit in den Tageszeitungen zu lesen. Das Anwachsen der Arbeitsgerichtsprozesse spiegelt die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in unserem Land wider.

Einerseits fliegen immer mehr Kollegen auf die Straße. Die Kapitalisten, die so lange wie möglich verschleiern wollen, daß die kapitalistische Krisenwirtschaft eine wachsende Zahl von Arbeitern in die Arbeitslosigkeit stößt, nehmen häufig jeden – und sei es der fadenscheinigste – Anlaß zum Vorwand, Kollegen zu entlassen. Andererseits wächst in den Betrieben der Widerstand. Die Belegschaften schließen sich angesichts der verschärften Ausbeutung enger zusammen, gewinnen an Kampfkraft. Die Kapitalisten versuchen, den wachsenden Kämpfen der Arbeiterklasse Herr zu werden, indem sie die klassenkämpferischsten, aktivsten, vor allem aber die kommunistischen Kollegen, die Genossen unserer Partei, aus den Betrieben zu säubern versuchen.

Gerade diese politischen Entlassungen sind ein klarer Ausdruck der Diktatur der Kapitalistenklasse: hier sollen die aktivsten, kämpferischsten Kollegen aus den Reihen der Belegschaft gerissen werden, um den Kampf der Kollegen insgesamt zu schwächen und zu unterdrücken. Welche Rolle spielen die Arbeitsgerichte im Kampf gegen diesen Entlassungsterror?

Für die D„K“P-Revisionisten und den DGB-Apparat sind sie das A und O. Zum Beispiel Mannesmann-Huckingen im Oktober letzten Jahres: nach einem spontanen Streik, der durch den Verrat der D„K“P-Revisionisten und der IGM-Bonzen zusammengebrochen war, feuern die Mannesmann-Kapitalisten 22 Kollegen. Die Belegschaft ist empört und bereit, für die Wiedereinstellung der Kollegen erneut in den Streik zu treten. Der solidarische Kampf hätte die Wiedereinstellung erzwingen können. Die D„K“P-Revisionisten aber traten die Kampfbereitschaft der Kollegen mit den Füßen und gaben gemeinsam mit der verräterischen Betriebsratsclique um Knapp die Parole aus, die Wiedereinstellung müsse durch einen Arbeitsgerichtsprozeß erreicht werden. Es gelang ihnen so, Verwirrung in die kampfentschlossenen Reihen der Kollegen zu tragen, sie in ihrer Kampfbereitschaft zu verunsichern, den Streik zu verhindern.

Der Arbeitsgerichtsprozeß war exemplarisch. Unterstützt von den D„K“P-Revisionisten zwang der IGM-Apparat, der den „Rechtsschutz“ für die entlassenen Kollegen übernommen hatte, die Kollegen, sich vom Streik der Belegschaft zu distanzieren, den Kampf zu verraten. Trotzdem wurden die meisten Kollegen nicht wieder eingestellt.

Das Beispiel zeigt ziemlich genau die Funktion der Arbeitsgerichte. Auf den ersten Blick scheinen sie sich grundlegend von den anderen Klassengerichten der Bourgeoisie – z. B. Strafgerichten – zu unterscheiden. Hier gibt es keinen Staatsanwalt, werden keine Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Stattdessen sind die Arbeitsgerichte „paritätisch“ besetzt: ein Kapitalistenvertreter, ein DGB-Vertreter und ein „neutraler“ Richter. Die Arbeitsgerichte zeigen die fortgeschrittene Verfilzung des DGB-Apparats mit dem imperialistischen Staatsapparat. Die von den DGB-Bonzen und den D„K“P-Revisionisten geforderte „Mitbestimmung im sozialen und staatlichen Bereich“ ist hier verwirklicht. Das ist die Grundlage für die Demagogie der D„K“P-Revisionisten, vor den Arbeitsgerichten könnten sich die Arbeiter ihr „Recht“ holen. **Sie propagieren den „Kampf vor den Arbeitsgerichten“, um die Kollegen vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, sie an den Kapitalismus, den kapitalistischen Staat und den imperialistischen DGB-Apparat zu ketten.**

Die angeblichen „Arbeitervertreter“ vom DGB-Apparat helfen bei der Durchsetzung des Terrors gegen die Arbeiterklasse, betreiben auf der Grundlage des bürgerlichen Arbeitsrechts – besonders des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes – die Kriminalisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse bekommt vor dem Arbeitsgericht kein Recht, denn das Arbeitsgericht spricht, wenn es auch mit dem Schleier der Klassenneutralität und der Klassenversöhnung umgeben ist, wie jedes andere bürgerliche Gericht das Recht der Kapitalistenklasse.

Die D„K“P-Revisionisten propagieren die Arbeitsgerichte, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse sich im Kampf gegen den Entlassungsterror zusammenschließt, in der Erkenntnis ihrer völligen Rechtlosigkeit im Kapitalismus den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreitet.

Arbeitsgerichte sind Klassengerichte der Bourgeoisie – davon müssen wir ausgehen, aber das heißt nicht, daß es zwecklos ist, Arbeitsgerichtsprozesse zu führen.

Zum einen müssen wir natürlich – ohne auf die Gerichte der Kapitalisten zu vertrauen – alle juristischen Möglichkeiten alle Widersprüche und Lücken des bürgerlichen Rechts voll ausnützen. Aber wir rutschen nicht auf den Knien, um unser Schicksal in die Hände der Kapitalisten, ihres Staates und des arbeiterfeindlichen DGB-Apparates zu legen, wie es uns die D„K“P-Revisionisten empfehlen. Wir gehen vor die Arbeitsgerichte, um auch von dieser Stelle aus den Klassenfeind anzugreifen.

Die Kapitalisten betreiben mit Unterstützung der D„K“P-Revisionisten und des DGB-Apparats die Entlassung klassenkämpferischer, vor allem aber kommunistischer Kollegen, um die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Lohnraub, Teuerung, Rationalisierung, Entlassungen, Unterdrückung usw. zu brechen, weil sie wissen, daß durch das Eingreifen der Kommunisten diese Tageskämpfe einerseits an Schlagkraft gewinnen, andererseits immer mehr zu Vorbereitungskämpfen auf die proletarische Revolution werden. Durch die politischen Entlassungen wollen sie die Vorkämpfer der Arbeiterklasse aus den Betrieben jagen, um sie von den Kollegen zu isolieren.

Darum muß die Partei im Kampf gegen die Entlassungen und bei der Führung der Arbeitsgerichtsprozesse besonderes Gewicht darauf legen, klarzumachen, **daß die Kommunisten und die Kommunistische Partei keine von den Interessen der Arbeiterklasse unterschiedlichen Interessen vertreten, sondern daß sie gerade deshalb von den Kapitalisten besonders bekämpft werden, weil die Kommunistische Partei auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus in der Lage ist, die objektiven Klasseninteressen des Proletariats und den Weg zu ihrer Verwirklichung am klarsten zu erkennen.**

Gelingt uns dies, werden wir trotz des Entlassungsterrors vorwärtsschreiten bei der Verankerung der Partei in den Massen, werden wir die fortschrittlichsten Kollegen für den Kommunismus gewinnen.

Hoesch

Kampf der drohenden Entlassung des Genossen Norbert B.!

Schon mehrfach berichtete der RM über den Versuch von Hoesch-Kapitalisten, IGM-Apparat und D„K“P-Revisionisten, die KPD/ML aus dem Betrieb zu jagen. Dabei stehen die Revisionisten wie im Falle der Entlassung von Reimer Schnoor im Frühjahr an vorderster Front. Aber ihr schmutziges Treiben stößt zunehmend auf den Widerstand der Kollegen, die empört sind über die Niedertracht, die IGM, Betriebsrat, D„K“P und Vertrauensleutekörperleitung (VKL) dabei an den Tag legen.

Kaum hatte die IGM ein Ausschlußverfahren gegen den Genossen Norbert eingeleitet, da faßte die VKL, die von Jusos und Revisionisten beherrscht wird den Beschluß, sich angesichts der zu erwartenden Gewerkschaftsausschlüsse bei Hoesch für die 100%-Organisierung des Betriebes stark zu machen. **Im Klartext hieß das, sie forderten die Entlassung von jedem, der aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird.**

Sie bewiesen damit, daß sich die DGB-Gewerkschaften in ihrem Wesen nicht unterscheiden von der faschistischen Arbeitsfront. Zwangsmitgliedschaft und Arbeitsgemeinschaft mit der Kapitalistenklasse, Unterdrückung für die Arbeiterklasse.

Als Genosse Norbert vor 3 Wochen vom IGM-Vorstand die Mitteilung über seinen Ausschluß erhielt, nahm die Partei sofort den Kampf auf und bereitete die Kollegen mit ihrer Betriebszeitung „Stählerne Faust“ auf den Angriff vor.

Wie richtig das war, zeigte sich letzte Woche. Die Ortsverwaltung forderte die VKL in einem Brief auf, allen Kollegen klar zu machen, daß Norbert ab sofort ein Gegner sei, daß er einer Partei angehöre, die die freiheitliche demokratische Grundordnung stürzen wolle, für ein System eintrete, daß die „freien Gewerkschaften“ abschaffen will und verfassungsfeindlich sei. Das solle besonders den Kollegen klar gemacht werden, die mit ihm zusammenarbeiten. Mit dieser Aufforderung im Rücken versuchten BR Kleine-Horst und einige Reaktionäre auf einer Versammlung der Vertrauensleute des Kaltwalzwerkes Stimmung für die sofortige Entlassung des Genossen zu machen.

Aber sie hatten sich verrechnet. Einige Vertrauensleute stellten sich gegen diese üblen Machenschaften, erklärten, da machten sie nicht mit. Das ist ein Erfolg, da es in diesem Fall bereits zwei Mal den Revisionisten gelungen war, mit Hetze gegen die Partei einstimmig Beschlüsse gegen den Genossen zu fassen. Am Schluß der Versammlung sahen die Reaktionäre, daß sie sich mit einer solchen Entlassung nur die Finger verbrennen würden und gaben den Versuch vorläufig auf, in der Hoffnung, daß ein anderer, z. B. Betriebsratsvorsitzender Pfeiffer, die schmutzige Arbeit übernehmen solle, der habe sowieso schon mehr Dreck am Stecken, da schade es nicht so.

Unter den Kollegen ist die Stimmung für die Reaktionäre noch schlechter. Bei Norberts Arbeitskollegen haben sie keine Chance, mehrere zu finden, die sich für ihr schmutziges Spiel hergeben würden. Sie wissen zu gut, daß er einer von ihnen ist und als Kommunist mutig für ihre Interessen eintritt. Auch Kollegen anderer Abteilungen griffen ihre Vertrauensleute heftig an, als sie von der Sache erfuhren.

Der 1. Versuch ist gescheitert, aber wir wissen, die Reaktionäre werden niemals ablassen, die Entlassung zu betreiben. Die Partei wird deshalb die Kollegen auffordern, noch wachsamer zu sein und sich noch mehr um die KPD/ML zusammenzuschließen.

KAMPF DER GEPLANTEN ENTLASSUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!



Das war Arbeitermord!

Ich habe vor kurzem für einige Wochen bei den Lloyd Dynamo Werken gearbeitet. Der Betrieb gehört der AEG, in ihm arbeiten 1 000 bis 1 200 Arbeiter. Produziert werden Elektromotoren.

Wegen der Urlaubszeit werden die Dreher an einem Tag an verschiedene Drehbänke gestellt. An den großen Drehbänken werden Gehäuse von zwei Meter Höhe und 1,20 Meter Durchmesser bearbeitet.

Zur Bedienung dieser Bänke muß der Dreher sich auf einen um die Platte der Bank gezogenen Ring stellen (Hebebühnen sind dem Kapitalistenpack natürlich zu teuer und unprofitabel). **Die Kollegen, die dort arbeiten, jonglieren zwischen Leben und Tod.**

Als am 22. Juli dort ein Kollege arbeitete, der sonst eine andere Bank bediente, passierte es:

Er steht auf dem Ring, zehn Zentimeter von dem sich drehenden Gehäuse entfernt, als ihn ein aus dem Gehäuse herausragender Kasten erfaßt. Der Kasten bricht ihm die Wirbelsäule, reißt ihn hoch und quetscht ihn zwischen Gehäuse und Bank. Er ist sofort tot.

Eine Frau ohne Mann, zwei Kinder ohne Vater ...

Das war Arbeitermord! Mord für den Profit der Kapitalistenklasse!

Dies war der erste tödliche Arbeitsunfall. In einer Halle sagten einige Kollegen: „Daran ist diese verdammte Arbeitshetze schuld.“

Obwohl dieser Arbeitermord unter den Kollegen noch keine größere Bewegung auslöste, liefen die Büttel der Kapitalisten aufgescheucht zu den spontanen Diskussionsgruppen und verbreiteten Lügen und suchten zu beschwichtigen. Auch zu unserer Gruppe, in der ich mit den Kollegen darüber diskutiert hatte, daß die Kapitalisten schuld sind an dem Tod dieses Kollegen und ihnen von dem Mord an Genossen Günter Routhier erzählt hatte, kam ein Vorarbeiter. Zynisch behauptete er: „Die Geschäftsleitung trägt keine Schuld am Tod des Kollegen, die Maschine ist vorschriftsmäßig, wie das Gewerbeaufsichtsamt bestätigt hat. Sein Tod war Schicksal.“

Eine halbe Stunde nach dieser Diskussion mit den Kollegen hatte ich die Kündigung in der Hand. Und das, obwohl ich gemäß Vertrag drei Tage später sowieso aufgehört hätte zu arbeiten ...

So groß ist die Angst der Kapitalisten vor den Massen, vor allem aber vor der KPD/ML, die die Wahrheit verbreitet und die die Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution führen wird und damit solche „Schicksale“, wie das des Kollegen, unmöglich machen wird.

An die ROTE-MORGEN-Redaktion!

Liebe Genossen!

Im ROTEN MORGEN 29/74 steht auf S. 3 die Korrespondenz „Der Vorstand hat Angst“. Darin heißt es: „Die ‚Alternative‘ ist keine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Sie arbeitet momentan noch hauptsächlich auf der opportunistischen Linie der GRF und des „K“BW. “ An Stelle von „K“BW muß es aber heißen „K“B Nord. Denn ein offizieller Vertreter des „K“BW, der zu den 11 Ausgeschlossenen gehörte (der einzige vom „K“BW) ist wegen Denunziantentum und Versuch der Spaltung der „Alternative“ ausgeschlossen worden. Der „K“BW stellte sich prinzipiell gegen jede Organisierung, die den Rahmen der Gewerkschaftslegalität sprengt unter der Parole „Stärkt die Einheitsgewerkschaft.“

Rot Front!

Ein Genosse aus dem Druckbereich.

MRW

Betriebsrat spricht Entlassung aus

24. Juli, Belegschaftsversammlung bei den Mannesmann-Röhrenwerken (MRW) in Mülheim. Nach dem Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen Fred B. gegen die MRW-Kapitalisten und dem erfolgreichen Kampf der Partei gegen den Entlassungsversuch des Genossen P. Schulte, hatte die Betriebszelle der Partei im „Röhrenkieker“ (Betriebszeitung der KPD/ML bei MRW) aufgedeckt, daß der Betriebsrat, der von „linken“ SPDlern und der D„K“P getragen wird, direkt mit der Politischen Polizei gegen die KPD/ML zusammenarbeitet: dem Betriebsrat lagen Fotos des Genossen Sch. vor, die im April von politischen Polizisten gemacht wurden, als sie eine Veranstaltung der Partei zerschlagen wollten. Jetzt auf der Belegschaftsversammlung ergriff der kommunistische Kollege Schulte das Wort.

Er berichtete von seinem Ausschluß aus der IGM und vom 2. Juli, als 4 Mann vom Werkschutz ihn gewaltsam zur Personalabteilung gebracht hatten, wo ihm Personaldirektor Schmidt einen „sehr scharfen Verweis“ erteilt und die fristlose Entlassung angedroht hatte. Schmidt hatte diesen „sehr scharfen Verweis“ besonders damit begründet, daß sich der kommunistische Kollege Schulte nicht gescheut hätte, den Betriebsrat und die D„K“P als Handlanger und Agenten des Kapitals und als Arbeiterverräter zu bezeichnen! Genosse Schulte ging in diesem Zusammenhang auf die Agentenrolle des Euler-Betriebsrats und der D„K“P ein, die schon seit langem versuchten, seine Entlassung zu betreiben. So hatte das Betriebsratsmitglied Karl in der Wieschen bereits 2 Monate lang den Genossen Schulte beim ROTER-MORGEN-Verkauf auf dem Berliner Platz in Mülheim bespitzelt, um den MRW-Kapitalisten Argumente für die Entlassung zu liefern.

Schließlich entlarvte der Kollege **Schulte den Betriebsrat und die D„K“P als diejenigen, die mit den Mördern des Genossen Routhier zusammenarbeiten, mit der politischen Polizei und den MRW-Kapitalisten, die für den Mord an G. Routhier einige Wochen zuvor im Arbeitsgericht Duisburg unmittelbar verantwortlich sind.** An diesem Punkt der Rede fielen die Betriebsräte K. in der Wieschen sowie Budde und Meinholf, letztere beide Mitglieder der Großen Tarifkommission NRW, über den Genossen Schulte her und schleppten ihn im Polizeigriff aus der Halle. Dabei teilten ihm die Betriebsräte (!) mit, daß er jetzt entlassen sei (die offizielle fristlose Entlassung der Betriebsleitung wurde am nächsten Morgen zugestellt!).

Doch zahlreiche Kollegen folgten ihrem kommunistischen Kollegen Schulte vor die Halle: „Weil Du die Wahrheit gesagt hast, wollen sie Dich fertigmachen!“ Der Genosse Schulte sprach vor der Halle weiter zu den Kollegen, bis er vom Werkschutz auf Veranlassung des Betriebsrats vom Werksgelände geschleppt wurde.

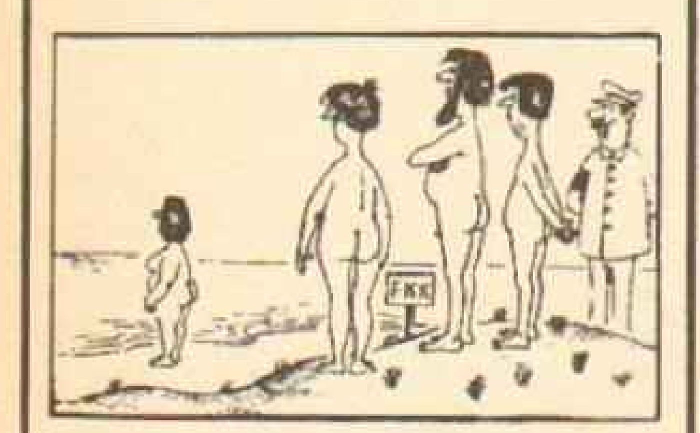
Am nächsten Tag versucht die Polizei, den „Röhrenkieker“ zu beschlagnahmen. Ein Kollege nimmt schnell von einem verteilenden Genossen die restlichen Extrablätter des „Röhrenkieker“, und läuft damit, um sie vor der Polizei zu retten, in den Betrieb. Als die Polizisten ihn einholen, ihm die Flugblätter abnehmen und seine Personalien verlangen, ruft er vor der Polizei zum Genossen Peter, der verteilt hatte: „Sag mal, hast Du noch einen Stapel Flugblätter? Nein? Dann komm um 4 Uhr zum Zaun vom **Fahrradschuppen und gib** mir einen Stapel. Dann verteil ich im Betrieb weiter...“ Mehrere Kollegen unterschrieben bereits eine Protest-Unterschriftenliste, in der nicht nur der Entlassungsterror der MRW-Kapitalisten, sondern auch der Verrat der D„K“P scharf verurteilt wird.

Revisionistisches

Schund gegen Schund

Von einer Umtauschaktion „Groschenhefte gegen Taschenbücher" in Moers berichtet die UZ vom 13. Juli. U. a. drehten die D„K"P-Revisionisten den Leuten, die ihre Schundhefte loswerden wollten, „Reißer" folgender Autoren an: Gardener (Perry Mason), Rex Stout, Agatha Christie, Edgar Wallace, Alfred Hitchcock ...

Revisionistischer Humor



„Das ist leider alles, was in der Nachsaison noch da ist!" heißt die Unterschrift zu dieser UZ-Karikatur. So weit die D„K"P zum Thema „Befreiung der Frau".



Der übergroße Hausbesitzer quetscht den kleinen Mieter aus wie eine Zahnpasta-Tube. Das will die UZ mit dieser Karikatur den Mietern, die immer mehr erkennen, daß gegen das Wohnungselend und gegen die Ausplünderung durch ständig steigende Mieten nur der Zusammenschluß im revolutionären Klassenkampf zum Erfolg führt, einreden, um sie vom Kampf abzuhalten. Die Revisionisten wollen Resignation verbreiten: das Kapital ist übermächtig, wir können nichts machen.

D„K"P: Arbeitsplätze der Polizei sichern

In einer von der UZ veröffentlichten Statistik der Berufe, die von der Automobilindustrie abhängig sind, werden u. a. auch die Verkehrspolizisten angeführt. Daß ja schließlich jemand den Verkehr regeln muß – mit diesem Argument hat die bürgerliche Demagogie seit eh und je versucht, den Haß des werktätigen Volkes gegen die Polizei zu schwächen. Sage mir, um wen Du Dich sorgst und ich sage Dir, wer Du bist.

„Härtere Gangart"

„Doch das ist noch lange nicht der ‚Geist von Auschwitz und Maidanek', wie die ‚Gruppe Roter Morgen' tönt. Nein, das ist die normale Wirklichkeit, wenn das Monopolkapital eine härtere Gangart anschlägt." So schreibt der Münchner „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" in einer Stellungnahme zum Mord an unserem Genossen Günter Routhier. Diese Herren, die seit Jahren jammern, man dürfe die Revolution nicht propagieren, weil man jetzt gegen den Faschismus (sprich Strauß) kämpfen müsse, schließen vor der tatsächlichen Faschisierung die Augen, um von der Tatsache, daß nur die gewaltsame Revolution den Faschismus verhindern kann, abzulenken. In dem gleichen Artikel stimmen die Arbeiterbundführer in die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse ein, indem sie der Partei unterstellen, „Rachefeldzüge gegen die Polizei" zu planen. Daß diese Herren längst Feinde der Arbeiterklasse sind, verrät die zynische Schnodrigkeit, mit der sie den Mord an einem kommunistischen Werktätigen im Jargon eines Fußballreporters („härtere Gangart") abtun.

PROZESS GEGEN DREI SPANISCHE ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN

"Der Kampf gegen die faschistische Diktatur ist Bestandteil meines Lebens und dieses Prozesses!"

Am 23. 7. fand der Prozeß gegen die drei spanischen Antifaschisten und Patrioten statt, die bereits seit vier Monaten in Haft gehalten wurden. Seit dem 23. 7. sind diese drei Spanier wieder frei. Das ist ein wichtiger Erfolg des monatelangen Kampfes von spanischen und deutschen Antifaschisten und Kommunisten. Dieser Kampf aber muß weitergehen. Das Urteil – 6 Monate auf Bewährung für alle drei Angeklagten – ist reiner Gesinnungsterror. Es soll den westdeutschen Imperialisten die Handhabe liefern, die drei Antifaschisten und Patrioten jederzeit als „Vorbestrafte" abschieben zu können.



Die drei spanischen Antifaschisten und Patrioten

An die hundert Freunde und Genossen waren am 23. 7. gekommen, um die drei in ihrem Kampf zu unterstützen. Das Solidaritätskomitee für die drei Spanier verteilte bereits vom frühen Morgen an rund um das Landgericht Flugblätter. Trotz eines Riesenpolizeiaufgebots und verschiedenen Maßnahmen zum Ausschluß der Öffentlichkeit gelang es 40 Freunden und Genossen, in den Gerichtssaal zu kommen. Die anderen riefen während der gesamten Dauer des Prozesses von draußen Parolen und sangen revolutionäre Lieder, so daß der Richter wohl zwanzig Mal die Fenster schließen lassen mußte.

Die drei Angeklagten waren in der Nacht nach der Ermordung des Antifaschisten Puig Antich vor einem Düsseldorfer Kino verhaftet worden. In faschistischer Manier hatte ihnen die bürgerliche Klassenjustiz eine rote Plastiktasche mit zwei Brandsätzen (Flaschen mit Benzin) und einem Pflasterstein unterschoben, um sie dann wegen eines „Sprengstoffdelikts" verurteilen zu können. Im Verlauf des Prozesses wurde völlig offensichtlich, daß dieser „Beweis" eine einzige Lüge war.

Schäfer, einer von 6 Polizeizeugen, sprach zunächst immer nur von einer Flasche mit Benzin. Der Richter ermahnte ihn dann, es seien doch zwei gewesen. Schäfer: „Wenn es zwei waren, dann waren es zwei." Ein anderer Polizeizeuge konnte sich zwar an den Pflasterstein „erinnern", aber nicht mehr sagen, ob er in der Plastiktasche oder auf der Straße gelegen habe.

Die Vernehmung von Seigert, der die Hausdurchsuchungen bei den Spaniern durchgeführt hatte, zeigte schließlich, warum die Angeklagten in Wirklichkeit ins Gefängnis sollten: er hatte bei zwei Spaniern Flugblätter der FRAP und der KPD/ML gefunden; er hatte den größten Teil der Vernehmungen über die Beziehungen der Angeklagten zur FRAP und zur KPD/ML geführt. Und betonte schließlich, für ihn gebe es keinen Zweifel, daß hier die FRAP am Werk gewesen sei. Klar wurde auch, in wessen Auftrag diese Angriffe auf die FRAP und auf spanische Antifaschisten und Patrioten erfolgen. Zwar bestritt Seigert, daß er offiziellen Kontakt mit der spanischen Polizei habe, konnte aber schlecht leugnen, daß er offiziell an das spanische Konsulat geschrieben hatte, weil dieses Schreiben bei den Akten lag.

Eine einzige Anklage gegen den spanischen Faschismus und die Zusammenarbeit aller Imperialisten gegen das mutig kämpfende spanische Volk sind die Lebensläufe der Angeklagten. A. B. zum Beispiel mußte aus Spanien fliehen, weil er als angebliches Mitglied einer illegalen Arbeiterorganisation gesucht wurde. In Frankreich wurde er verhaftet, weil er spanischer Antifaschist ist. In Hand- und Fußfesseln wurde er über die Grenze gebracht. Dort erwartete ihn schon der BPS. Er wurde mehr als 48 Stunden lang gefoltert. Manzanas, der Chef der Polizei von San Sebastian selbst leitete die Folterung.

Er berichtet: **„Die Hände wurden mir kaputt gemacht. Sie schlugen mir Löcher in die Schultern, trommelten mit Pistolenknäufe auf meinen Kopf und schlugen mir mit Gewehrkolben auf die Füße. Ich wurde erniedrigt. Sie handelten, wie es die Art dieser Mörder ist. Aber Banzanas hat inzwischen für seine Verbrechen bezahlt. Er wurde 1968 von baskischen Patrioten hingerichtet."** Nach diesen Folterungen kam er für drei Monate ins Gefängnis, floh dann wieder. Hier in der Bundesrepublik stellte er vor zwei Jahren Antrag auf politisches Asyl. – Bis heute ohne Ergebnis.

Diese Tatsache, die faschistischen Methoden, mit denen die drei Antifaschisten und Patrioten ins Gefängnis gebracht wurden und das Urteil des Gerichts lassen keinen Zweifel daran, daß die westdeutsche Bourgeoisie lieber heute als morgen diesen faschistischen Folterknechten neue Opfer in die Hände spielen würde. Die Angeklagten haben sich davon nicht einschüchtern lassen. **„Der Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus, die faschistische Diktatur, all das ist Bestandteil meines Lebens und dieses Prozesses", sagte einer von ihnen. Es ist unsere Aufgabe, das spanische Volk in seinem revolutionären Kampf zu unterstützen."**

FREISPRUCH FÜR DIE DREI ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN! KEINE ABSCHIEBUNG INS FASCHISTISCHE SPANIEN!

Gespräch mit dem Genossen Dagyeli

Am 17. 7. besuchte eine Genossin der KPD/ML die türkischen Patrioten Himmet Subasi und Yildirim Dagyeli im Gefängnis. Beide sind seit einigen Monaten wegen „Verdacht der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung gemäß §129" in Haft. Wir berichten hier über ihr Gespräch mit dem Arbeiter Dagyeli.

„Wir sprachen zunächst über die Demonstration in Köln. Er hatte schon davon gehört. „Im türkischen Radio wurde berichtet von einem Angriff der Polizei auf drei Transparente, weil diese ‚rechtswidrig' seien." Ich berichtete ihm von den Angriffen auf die Transparente der Partei und die großen Photos von Neset Danis und Günter Routhier. Solche Angriffe gab es in der letzten Zeit laufend. Aber trotzdem haben viele durch die Arbeit der Partei begriffen, daß es sich um den geplanten Mord an einem Kommunisten handelt. **Dagyeli: „Ja, die Solidarität wächst. Obwohl die Bourgeoisie durch solche Maßnahmen versucht, abzuschrecken, stehen an seiner Stelle viele auf." Er sagte, ich solle der Familie des Genossen Günter Routhier sein Beileid aussprechen und herzliche Grüße an die KPD/ML weitergeben.** Dann fragte er: „Genosse Schubert, er wurde ja festgenommen – ist er wieder frei?" (Genosse Schubert, der Verleger des ROTEN MORGEN, war am Abend der Beerdigung des Genossen Günter festgenommen worden – RM). Er freute sich, als ich bejahte und trug mir Grüße an den Genossen auf.

Ich fragte ihn noch nach dem Grund für die verschärfte Faschisierung. Er sagte: „Die Faschisierung richtet sich vor allem gegen die Kommunisten. Die Arbeiterbewegung soll nicht von Kommunisten gelenkt werden." Wir waren uns einig, daß es im Kampf gegen die Faschisierung kein Zusammengehen mit den modernen Revisionisten geben kann. Er sagte: **„Ich kenne schon lange einen Professor in der DDR. Er ist ein Fortschrittlicher, der unter Chruschtschow seiner Funktionen enthoben wurde. Bei meiner Festnahme wurde auch die Adresse des Professors gefunden und jetzt ist ein Brief mit seiner Unterschrift in Bonn angekommen, in dem er mich als Kriminellen beschimpft und meine Bestrafung fordert. Das hat er niemals freiwillig geschrieben! Das ist die „Solidarität" der Revisionisten."**

Ich fragte ihn noch, wie er die Ereignisse auf Zypern einschätzt. Dagyeli unter anderem: „Die griechischen und türkischen Faschisten wollen die Völker in einen Krieg gegeneinander hetzen. Aber eine Annektierung von Zypern wird bekämpft, sie wird nicht zustande kommen."

Über sein Leben in der Haftanstalt berichtete er: **„Ich lese, übersetze zur Zeit ein Buch. In der letzten Zeit, seit dem letzten Besuch von Bundeskriminalbeamten, bekomme ich keine Zeitungen mehr. Meine Briefe nach draußen werden auch beschlagnahmt. Ich wollte eigentlich an die Familie von Günter Routhier schreiben und an die KPD/ML. Aber so hat das keinen Zweck." Ich versicherte ihm, daß die Partei sich weiter energisch für seine Freilassung einsetzen wird.**

Fortsetzung von Seite 1

EG-Monopole halten Rindfleisch knapp und teuer

Während die sowjetischen Sozialimperialisten auf unsere Kosten an billiges Rindfleisch kommen, wird den Werktätigen in Westdeutschland und Westberlin von der „Centralen Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft" zynisch empfohlen, „sich von dem Vorurteil zu lösen, Rindfleisch sei zu teuer".

Mit dem Rindfleisch passiert es den Werktätigen nicht zum ersten Mal, daß sie erleben müssen, wie sich in den Lagern der Imperialisten die Nahrungsmittel türmen, während sie in ihren Haushalten zur Mangelware werden. Ob Butter, Wein, Rindfleisch, Obst, Gemüse Getreide oder Butter – alle diese lebensnotwendigen Nahrungsmittel werden von den EG-Monopolen lieber mit einem riesigen Kostenaufwand gehortet, zu Viehfutter verarbeitet oder auch vernichtet – als sie zu annehmbaren Preisen den Werktätigen zugute kommen zu lassen.

Bei der Gründung der EWG wurde den Werktätigen versprochen, daß gerade auch solche – wie die Kapitalisten sagen „Fehlplanungen" – aufhören würden. Die EWG sollte die Lebenslage der Werktätigen in Stadt und Land verbessern, sie sollte mehr Ordnung in die kapitalistische Wirtschaft bringen. Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Die Tatsache, daß die Zölle zwischen den Ländern der EWG weggefallen sind, die Tatsache, daß die Konkurrenz zwischen den einzelnen Ländern einer verstärkten Zusammenarbeit gewichen ist, hat allein den großen Monopolen genützt. **Sie sind jetzt noch besser in der Lage, mit der Festsetzung von Monopolpreisen, den landwirtschaftlichen Markt zu beherrschen.** Eine größere Ordnung der kapitalistischen Wirtschaft ist dadurch allerdings nicht eingetreten. Durch die Zentralisierung der landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Marktes hat die kapitalistische Anarchie im Gegenteil konzentriertere Formen angenommen. Die sich türmenden Nahrungsmittel sind ein Beispiel dafür.

„Unsere Henker sitzen in Brüssel!" – solche und ähnliche Parolen trugen die Bauern bei ihren Demonstrationen gegen ihre Ruinierung durch die sinkenden Erzeugerpreise. Die Monopolherren in Brüssel sind gleichzeitig die Feinde der Werktätigen in den Städten. Gegen diesen Zusammenschluß der Monopole in Brüssel – und nicht gegen den Metzger an der Ecke – muß sich der Kampf der Werktätigen gegen die Teuerung richten.

Vom Aufbau des Sozialismus

Gesundheitsfürsorge im Bergbau Nordwestchinas

Die Gesundheitsfürsorge für die Bergarbeiter im Nordwesten Chinas verbessert sich ständig. Das Bergbauverwaltungsgebiet Nr. 2 von Schitsuischan besitzt heute zwei Krankenhäuser und jedes dazugehörige Kohlenbergwerk wiederum eigene Kliniken mit zusammen 400 Betten. Auf 30 Bergleute in diesem Gebiet kommt ein medizinischer Arbeiter.

Die meisten der medizinischen Einrichtungen in diesem Gebiet sind mit Röntgengeräten, Operationsmöglichkeiten und anderen technischen Möglichkeiten ausgerüstet, die erlauben, Schädel-, Lungen- und Magenoperationen sowie Operationen an Ohren, Nase, Hals und anderen Organen durchzuführen.

Die Bergwerksverwaltung besitzt eine eigene Abteilung für die Gesundheitsfürsorge der Bergarbeiter. In Zusammenarbeit mit den Bergleuten haben die medizinischen Arbeiter eine Methode entwickelt, um die Staubbildung in den Gruben durch das Einführen von Wasser in die Flöze zu verringern. Mit dieser Methode konnte die Staubbildung beträchtlich unter das vom Staat vorgeschriebene Limit gesenkt werden. Die medizinischen Arbeiter gehen oft in die Gruben und zu den Bergarbeitern nach Hause, können sich so ständig um ihre gesundheitliche Verfassung kümmern und schnelle Maßnahmen zur Vorbeugung oder Behandlung ergreifen.

Das Parteikomitee der Bergwerksverwaltung widmet der Ausbildung der medizinischen Arbeiter große Aufmerksamkeit. Es werden ständige Übungskurse und Freizeitunterricht durchgeführt. Dutzende von Ärzten und Schwestern werden zu weiterführenden Studien in die Krankenhäuser von Peking und anderen großen Städten geschickt. Regelmäßig studieren Ärzte und Schwestern den Marxismus-Leninismus. Auf diese Weise wurden bereits 200 medizinische Arbeiter ausgebildet.

Der materielle Wohlstand des albanischen Volkes wächst

Das hauptsächliche Mittel, um den Wohlstand der Massen zu heben, ist in der Volksrepublik Albanien die wachsende Beteiligung aller gesunden Albaner an sozial nützlicher Arbeit. Die schnelle Entwicklungsrate der sozialen Produktion und die verschiedenen sozialkulturellen Aktivitäten, sind dabei genauso wichtig wie die vernünftige Verteilung der Produktivkräfte auf das Territorium des Landes. Auf diese Weise wurde 1972 eine volle Beschäftigung aller arbeitsfähigen Menschen erreicht. 1972 waren – im Vergleich zu 1950 – 5,4 mal mehr Menschen beim Staat beschäftigt. Allgemein gesagt, hat die Zahl der arbeitenden Menschen – die in Kooperativen zusammengeschlossenen Bauern mitgerechnet – um 30 Prozent mehr zugenommen als die Bevölkerung Albaniens. Heute arbeiten im Durchschnitt 2 bis 3 Mitglieder einer Familie.

In der gleichen Zeit ist der Reallohn der Arbeiter beträchtlich gestiegen. Beigetragen dazu haben Preissenkungen bei den wichtigen Gebrauchsgütern, die Senkung der Tarife für verschiedene Sozialleistungen, die Abschaffung der Steuern für die Arbeiter wie auch Lohnerhöhungen. So wurden von 1950 bis 1970 14 Preissenkungen durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Angleichung der niedrigeren Löhne – vor allem auf dem Lande – an den Durchschnitt. Auf dem Lande haben sich die Löhne in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Die Verräter von Saigon und Phnom Penh

Politisch, militärisch und wirtschaftlich bankrott!

Die Völker Vietnams und Kambodschas können täglich neue Siege von der Front des nationalen Befreiungskampfes gegen den US-Imperialismus und seine Marionettenregierungen in Saigon und Phnom Penh melden. Gleichzeitig gelingt es der Regierung der Republik Südvietnam und der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas, gestützt auf die Volksmassen, die wirtschaftliche Lage in den befreiten Gebieten ihrer Länder zu verbessern.

Währenddessen wird neben dem politischen und militärischen Bankrott der Thieu-Clique und des Lon Nol-Regimes auch deren wirtschaftlicher Bankrott mit jedem Tag offenkundiger. In den Gebieten Kambodschas, die noch von den Söldnertruppen Lon Nols besetzt gehalten werden, ist nicht nur die einheimische Industrie, sondern auch die landwirtschaftliche Produktion fast völlig zusammengebrochen. Während beispielsweise 1969 – also vor der Machtergreifung Lon Nols – 3,8 Mio. t Reis geerntet wurden, waren es 1972 noch ganze 953 000 t, und diese Zahl dürfte inzwischen noch einmal um die Hälfte zurückgegangen sein. Während 1969 Reis rund 40% der kambodschanischen Ausfuhren ausmachte, mußte die Lon Nol-Clique heute Reis einführen.

Praktisch alle Gebrauchsgüter muß die Lon Nol-Clique aus den USA importieren. Die Verräter in Phnom Penh haben die von ihnen besetzten Gebiete Kambodschas bis auf den letzten Quadratmeter an die US-Imperialisten verhökert. **Die berüchtigte US-Wirtschafts„hilfe" hat sich von 1972 (72,1 Mio. Dollar) bis 1973 (350 Mio. Dollar) fast verfünffacht.**

Dieses Geld dient aber ausschließlich zum Unterhalt der Söldnertruppen und des Marionettenregimes. **Während die Verräter der Lon-Nol-Clique samt ihrer Bürokratie sich von den US-Imperialisten aushalten lassen, wissen die Arbeiter und Bauern in den von ihnen beherrschten Gebieten nicht, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.** So kostet die Menge Reis, die man 1969 noch für umgerechnet 10 DM kaufen konnte, heute rund 350 DM. Die Löhne sind unverändert niedrig geblieben, außerdem steigt ständig der Prozentsatz der Arbeitslosen. Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Inflation werden noch dadurch verschärft, daß die Lon Nol-Clique dem hungernden Volk große Steuererhöhungen abpreßt.

Demonstration vor dem Erziehungsministerium in Phnom Penh

In dieser Situation sind die Hoffnungen der Bevölkerung auf die nationale Befreiungsarmee gerichtet. Gerade in der letzten Zeit hat sich die Zahl der Menschen sprunghaft erhöht, die aus dem Herrschaftsbereich des US-Imperialismus und der Lon Nol-Clique in die befreiten Gebiete fliehen, in denen der Aufbau des neuen Kambodscha längst begonnen hat.

Ähnlich wie in Kambodscha ist die Situation in Südvietnam. Auch hier hat das Thieu-Regime die Gebiete, die sich noch in seiner Hand befinden, ruiniert und vollständig den US-Imperialisten ausgeliefert. Allein in der letzten Zeit hat sich beispielsweise der Milchpreis um 20% erhöht, der Reispreis hat sich verdoppelt bis verdreifacht, der Preis für Kunstdünger ist um rund 60% gestiegen. Die wenigen Konsumgüter, die in den von der Thieu-Clique noch beherrschten Gebieten produziert werden, werden ausschließlich der Armee und der Beamtenschaft zugeteilt.



Nieder mit der faschistischen Marionettenregierung! Wir kämpfen bis zum endgültigen Sieg!

Die Werktätigen in den vom US-Imperialismus beherrschten Gebieten Südvietnams schließen sich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Hunger zusammen. Delegierte von über 40 Gewerkschaften, die rund 40 000 Werktätige der Stadt Gia Dinh und ihrer Nachbarorte vertreten, hielten eine Konferenz ab und stellten Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit und für höhere Löhne auf. Unter der Parole „Aktiver Widerstand gegen Entlassungen, Unterstützung für die Hungernden!" versammelten sich in Saigon 2 000 Arbeitervertreter und stellten 11 Forderungen auf, die die Senkung der Lebenshaltungskosten, die Beendigung der Massenentlassungen und die Abschaffung der Lohn- und Einkommenssteuer betreffen. Gegen die Preissteigerungen und für bessere Lebensbedingungen demonstrierten in Da Nang 3 Stunden über 500 Lastwagenfahrer und kleine Händler durch die Straßen der Stadt.

Die wirtschaftliche Ausplünderung und Ruinierung läßt die Werktätigen in den vom US-Imperialismus beherrschten Gebieten Südvietnams und Kambodschas ihre Anstrengungen im Kampf noch verstärken und wird so den Sturz der Verrätercliquen in Saigon und Phnom Penh und die vollständige Vertreibung des US-Imperialismus aus Kambodscha und Vietnam beschleunigen.

Carrillo: Aufruf zum friedlichen Übergang

Das spanische Volk wird im Volkskrieg siegen!

Der Generalsekretär der revisionistischen Partei Spaniens hat in Paris zur „Errichtung der Demokratie" in Spanien aufgerufen. Er führte weiter aus, angesichts des bevorstehenden Todes von General Franco sei für Spanien die Zeit gekommen, den „gewaltlosen Übergang von der Diktatur zur Demokratie" zu vollziehen.

„In den letzten Monaten wurden Tausende von Kommunisten und Antifaschisten verfolgt, eingekerkert, gefoltert und in den Kerkern Francos ermordet. Gestern Cipriano Martos, Puig Antich (...) Heute laufen die Prozesse gegen Dutzende von Antifaschisten, Mitgliedern der FRAP. Ihnen drohen ungeheure Strafen. Unter ihnen die Genossen der Kämpfe vom 1./2. Mai 1973: Jose Luis Diaz Fernandez, Enrique Aguilar Benitez de Lugo, Jesus diz Gomez, Jorge diz Gomez. Sie werden beschuldigt, führende Mitglieder der PCE (M-L) zu sein. Gegen sie und die Mitangeklagten fordert der Staatsanwalt Hunderte von Jahren Kerker." So heißt es in einer von der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) und der KPD/ML in diesen Tagen in ganz Westdeutschland verbreiteten Wandzeitung.

Während der Terror der yankee-frankistischen Diktatur gegen das spanische Volk wütet, während jede wirklich antifaschistische Opposition mit Kerker, Folter und Tod bedroht wird, ruft Carrillo in Paris zur „friedlichen Errichtung der Demokratie" in Spanien auf. Der Der eigentliche Zeitpunkt dieses Aufrufs der spanischen Revisionisten hat wenig mit der Krankheit Francos zu tun. Sein Anlaß ist der Aufschwung des Kampfes des spanischen Volkes. Egal wann Franco stirbt, dieser Kampf des Volkes, geführt von der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), wird den spanischen Faschismus, ob Franco oder Juan Carlos an seiner Spitze steht, stürzen.

Und hier bereiten die Revisionisten den Versuch vor, das spanische Volk um die Früchte seines Sieges zu bringen: das spanische Volk soll nicht die Volksmacht erringen, Carrillo kann sich die „Ablösung der Diktatur" nur über die „Bildung einer provisorischen Regierung durch die Kräfte der Linken und der Rechten, die eine Garantie für den inneren Frieden darstellt", vorstellen.

Diese „Regierung des inneren Friedens" wird es nicht geben. Das spanische Volk kämpft nicht gegen Yankee-Diktatur und Franco-Faschismus, um sich dann von einer von Rechten und Revisionisten gebildeten Regierung erneut in die Unterwerfung unter ausländischen Imperialismus und spanische Bourgeoisie führen zu lassen.







[Der] friedliche Weg Carrillos, das ist der chilenische Weg, der Weg der Entwaffnung des werktätigen Volkes. **Dieser Weg – auch dafür ist Chile ein schrecklicher Beweis – führt über Tausende und Abertausende Leichen von Arbeitern, Antifaschisten, Kommunisten. Dieser Weg führt direkt in die Folterkammern und KZ's, es ist der Weg, auf dem der Kampf des spanischen Volkes gegen Imperialismus und Faschismus in Blut und Terror erstickt werden soll.**

Unter der Führung der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), zusammengeschlossen in der revolutionären, antifaschistischen und patriotischen Front, wird das spanische Volk die Herrschaft von US-Imperialismus und spanischem Faschismus im revolutionären Volkskrieg zerschlagen und seine Macht in der Föderativen Volksrepublik Spanien errichten.

Aus aller Welt

SCHWEDEN/NORWEGEN:

Das ständige Komitee des Zentralkomitees der Roten Jugend Norwegens und das Ständige Komitee des Zentralkomitee der Roten Jugend Schwedens unterzeichneten zum Abschluß eines Treffens beider Organisationen ein gemeinsames Kommunique. In dem Kommunique wird betont, daß es heute notwendig ist, den Kampf gegen die beiden Supermächte an der Seite der unterdrückten Völker zu verstärken. Denn auch die Freiheit und Unabhängigkeit Skandinaviens ist wie die der übrigen Welt von der Rivalität der beiden Supermächte in ihrem Streben nach Hegemonie bedroht. Weiter heißt es, daß es die Aufgabe der beiden Jugendorganisationen ist, den Kampf der Jugend für ihre Interessen zu unterstützen, den Marxismus-Leninismus zu propagieren und die Rote Jugend Norwegens und Schwedens zu revolutionären Massenorganisationen der Jugend werden zu lassen. Vorbild bei diesem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist beiden Organisationen die Jugend Chinas und Albaniens. In ihrem Kampf werden beide Organisationen allen Theorien von einem „friedlichen Weg zum Sozialismus" entschieden entgegentreten. Das Kommunique schließt: „Lang lebe die Freundschaft der revolutionären Jugend der Welt!"

JAPAN:

Japanische Studenten und Professoren protestierten vor einiger Zeit gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und forderten energisch die Zurückgabe der vier nördlichen Inseln Japans. In einer Resolution, die verabschiedet wurde, heißt es unter anderem:
„Wir protestieren gegen die Rivalität um die Hegemonie zwischen den USA und die Sowjetunion. Wir protestieren besonders gegen die Expansionsbestrebungen der sowjetischen Sozialimperialisten unter dem Deckmantel des „Kollektiven Sicherheitssystems in Asien" und fordern die bedingungslose Rückgabe aller vier Inseln, die Japans Territorium sind."

SPANIEN:

Vom Militärgericht in Barcelona wurden zwei spanische Patrioten zu insgesamt 69 Jahren Gefängnis verurteilt. Im selben Prozeß war Salvador Puig Antich zum Tode verurteilt worden.

NAMIBIA:

Zwei schwedische Journalisten berichteten jetzt von einem Massaker, das die südafrikanischen Rassisten an den Einwohnern eines Dorfes verübt hatten. 105 Frauen, Männer und Kinder waren erschossen und dann verbrannt worden, weil sie die Befreiungsbewegung des Landes SWAPO unterstützt hatten.

MOZAMBIK:

Der Befreiungskampf in Mozambik schreitet voran, Hauptziel der Befreiungskämpfer ist die Eisenbahnlinie zwischen der rhodesischen Hauptstadt Salisbury und dem Hafen Beira. Diese Eisenbahnlinie ist durch über 70 Sprengstoffanschläge bisher fünfmal unbrauchbar gemacht worden. Im Norden Mozambiks gelang es den Freiheitskämpfern, mehrere sogenannte „Wehrdörfer" einzunehmen und die Bevölkerung zu befreien. Der fortschreitende bewaffnete Kampf in Mozambik ermutigt nicht nur immer breitere Teile des Volkes, sich in die Befreiungsfront FRELIMO einzureihen, sondern entmutigt gleichzeitig den Gegner. So weigerten sich vor kurzem 2 000 Soldaten nach Beendigung ihrer Ausbildung, die Kasernen zum Abtransport in die Kampfgebiete zu verlassen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19:00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9.26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5.95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

1.8.1914: Beginn des 1.Weltkrieges - Verrat der 2.Internationale

"Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen und wird nicht untergehen."

Am 1. August, vor sechzig Jahren, erklärte das imperialistische deutsche Kaiserreich dem zaristischen Rußland den Krieg. Zwei Tage später folgte die Kriegserklärung an Frankreich. Am 4. August überfielen die deutschen Truppen das neutrale Belgien, besetzten das Land und unterdrückten die Bevölkerung grausam. Der I. Weltkrieg hatte begonnen.

Ganze Landstrecken, die dicht bevölkert waren wie wenige auf der Erde, wurden in Asche gelegt, gewaltige Werke der Kunst und Technik zerstört, Millionen Menschen erschossen, in die Luft gesprengt, vergiftet, verbrannt, ertränkt und ausgehungert.

Dieser Krieg war reaktionär und imperialistisch. Eine Handvoll Großmächte, England, Frankreich und Rußland auf der einen Seite, Deutschland und Österreich auf der anderen, fielen übereinander her, um die Welt neu aufzuteilen, die Macht der anderen zu brechen, die kleinen Nationen zu unterdrücken und möglichst viele Kolonien an sich zu reißen. **In diesem Krieg konnte die Arbeiterklasse nicht die eine oder andere Bourgeoisie unterstützen. Die Niederlage der „eigenen" Bourgeoisie herbeizuführen, mit aller Kraft daran arbeiten, die Bourgeoisie zu stürzen, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, das mußte der Weg der Arbeiter eines jeden Landes sein. „Krieg dem imperialistischen Krieg!" – das war die Losung der revolutionären Sozialdemokratie.**

Als sich die Vertreter der Parteien der 2. Internationale 1907 in Stuttgart und 1912 in Basel trafen, beschlossen sie:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie (die sozialdemokratischen Parteien) verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen."

Aber für die Führer der Parteien der 2. Internationale waren das nur leere Worte. Als der Krieg ausbrach, stellten sie sich alle auf die Seite ihrer „eigenen" Bourgeoisie, schlossen einen Burgfrieden mit ihr und unterstützten ihre räuberischen Ziele. Ihre Parole war jetzt „Vaterlandsverteidigung". Die größte, die einflußreichste Partei der 2. Internationale, die deutsche Sozialdemokratie, fiel am tiefsten. Ihre Führer benahmen sich wie „Herolde des Imperialismus". Einer von ihnen, Stampfer, sagte: *„Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben ist, die vaterlandeslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen."* Am 4. August stimmt die Reichstagsfraktion der Partei für die Bewilligung der Kriegskredite. **Von diesem Tag an nannte Rosa Luxemburg die deutsche Sozialdemokratie einen „stinkenden Leichnam".**

In allen Ländern riefen die Oberhäupter der 2. Internationale die Arbeiter zu den Waffen, aber nicht, damit sie sie gegen die eigene Bourgeoisie kehren, sondern damit sie aufeinander schießen. Sie waren Sozialchauvinisten, Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat geworden. *„Die Einheit mit den Opportunisten ist zu einer einzigen Heuchelei geworden (...) das Fortbestehen dieser bürgerlichen Eiterbeule innerhalb der sozialistischen Parteien ist unerträglich geworden."* (Lenin).

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin und die russischen Bolschewiki, diese Namen sind für Millionen zum Symbol des revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, für die Revolution geworden. Am 2. Dezember 1914 stimmt Karl Liebknecht im Reichstag als einziger offen gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Er erklärt: *„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes (...) Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung."*


Karl Liebknecht


Rosa Luxemburg

Über Deutschland war der Belagerungszustand verhängt. Die Polizei wütete gegen die klassenbewußten Arbeiter. Die Pressezensur verbot jede revolutionäre Propaganda gegen den Krieg, während die „offiziellen" sozialdemokratischen Blätter Papier in Hülle und Fülle erhielten, um die Arbeiter zu den Waffen zu rufen. Der Krieg dauerte an, die Leiden, der Hunger, das Elend wurden unerträglich. In den Schützengräben, in den Munitionsfabriken, unter den Soldaten der Marine, in der Jugend begann es zu gären. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begannen sich von den Sozialchauvinisten und Opportunisten zu trennen. ***„Abrechnung, unerbittliche Abrechnung mit den Fahnenflüchtigen und Überläufern der Internationale in Deutschland, Frankreich und anderwärts."*** Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begannen illegale Flugblätter und Zeitungen herauszugeben, schon im Dezember 1914 erschien der erste Spartakusbrief. **Spartakus, dieser Name wurde fortan zum Schreckgespenst der Bourgeoisie und der Opportunisten, für die Arbeiter aber wurde er zum Symbol der Befreiung und der Revolution.** *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie."*

Dieser Feind konnte nicht geschlagen werden, solange die Arbeiter noch unter dem Einfluß der größten Autorität der 2. Internationale, Kautsky, standen. Kautsky behauptete, daß der Krieg zu einer Verständigung der Nationen, zur Abrüstung, zu dauerndem Frieden führen könnte, daß eine Ära neuer Hoffnungen und Erwartungen möglich sei. Er predigte den Arbeitern, daß der Krieg auch für die Imperialisten selbst ungünstig sei, daß sie vernünftig werden könnten, wenn, ja wenn die Arbeiter auf revolutionäre Aktionen verzichten würden.

Aber Imperialismus bedeutet Krieg. Solange sich eine Handvoll imperialistischer Großmächte einander gegenüberstehen, gibt es für sie letzten Endes kein anderes Mittel ihre Kräfte zu messen, als den Krieg – wenn ihnen die Revolution nicht vorher das Handwerk legt.

Lenin zweifelte keinen Augenblick daran, daß der Krieg die Massen aufrütteln würde, daß sie sich erheben würden. Um sie zum Sieg zu führen, war der vollständige Bruch mit den Verrätern notwendig, mußte eine neue Internationale geschaffen werden.

„Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen", schrieb Lenin, *„und wird nicht untergehen. Die Arbeitermassen werden trotz aller Hindernisse eine neue Internationale schaffen."*

Und aus dem Schützengraben schrieb Karl Liebknecht: *„Die neue Internationale wird erstehen, auf den Trümmern der alten kann sie erstehen, auf neuen festeren Fundamenten."*

Nach vier Jahren Krieg fegte die Oktoberrevolution in Rußland die kapitalistische Regierung hinweg, der alte Staat wurde zertrümmert, die Arbeiter und Bauern nahmen die Macht in ihre Hände. Das russische Proletariat siegte, weil es von einer Partei neuen Typus geführt wurde, den Bolschewiki. Mit der Schmiedung der bolschewistischen Partei zog Lenin für das internationale Proletariat die Lehren aus dem Zusammenbruch der 2. Internationale. Stalin schreibt dazu in seiner Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus":

„Das bedeutet, daß die Parteien der 2. Internationale untauglich sind für den revolutionären Kampf des Proletariats, daß sie keine Kampfparteien des Proletariats sind, die die Arbeiter zur Macht führen, sondern ein Wahlapparat, der für Parlamentswahlen und den parlamentarischen Kampf eingerichtet ist. Daraus erklärt sich eigentlich auch die Tatsache, daß in der Periode der Herrschaft der Opportunisten der 2. Internationale nicht die Partei, sondern die Parlamentsfraktion die maßgebende politische Organisation des Proletariats war.

Es ist bekannt, daß die Partei in dieser Periode in Wirklichkeit ein Anhängsel und dienstbares Element der Parlamentsfraktion war. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß unter solchen Bedingungen und mit einer solchen Partei an der Spitze von einer Vorbereitung des Proletariats auf die Revolution nicht einmal die Rede sein konnte.


Lenin, Begründer der 3. Internationale

(...) Die neue Periode ist die Periode offener Zusammenstöße der Klassen, die Periode revolutionärer Aktionen des Proletariats, die Periode der proletarischen Revolution, die Periode der direkten Vorbereitung der Kräfte zum Sturz des Imperialismus, zur Machtergreifung durch das Proletariat. Diese Periode stellt dem Proletariat neue Aufgaben: die gesamte Parteiarbeit auf neue, auf revolutionäre Art umzubauen, die Arbeiter im Geist des revolutionären Kampfes um die Macht zu erziehen, Reserven auszubilden und heranzuziehen, das Bündnis mit den Proletariern der benachbarten Länder herzustellen, feste Verbindung mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder zu schaffen usw. usf. Zu glauben, daß diese neuen Aufgaben mit den Kräften der alten sozialdemokratischen Parteien, die in den friedlichen Verhältnissen des Parlamentarismus erzogen wurden, gelöst werden können, heißt sich zu hoffnungsloser Verzweiflung, zu einer unausbleiblichen Niederlage verurteilen. Die alten Parteien weiter an der Spitze zu belassen, wo man solche Aufgaben zu bewältigen hat, heißt völlig ungerüstet dastehen. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß das Proletariat sich mit einer solchen Sachlage nicht abfinden konnte.

Daraus folgt die Notwendigkeit einer neuen Partei, einer Kampfpartei, einer revolutionären Partei, die kühn genug ist, die Proletarier in den Kampf um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden, und genügend Elastizität besitzt, um Klippen jeder Art auf dem Wege zum Ziel zu umgehen.

Ohne eine solche Partei ist an den Sturz des Imperialismus, an die Eroberung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken."

Und auch in Deutschland drehte das Proletariat gegen Ende des Krieges die Gewehre um. Die Matrosen von Kiel hißten die rote Fahne. In Berlin marschierten die Arbeiter unter der Führung des Spartakusbundes zu den Kasernen, entwaffneten das Militär und verbrüderten sich mit den Soldaten.

Auch die deutsche Arbeiterbewegung beschritt den Weg, den Lenin und die russische Oktoberrevolution ihr gewiesen hatte: sie schuf sich die bolschewistische Kampfpartei. Silvester 1918 gründeten die revolutionären Sozialdemokraten unter der Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs die KPD. Die Vorhut des deutschen Proletariats zog die Lehre aus dem Verrat der SPD.

In Deutschland siegte 1918 die Revolution nicht. Die sozialdemokratischen Führer, die das deutsche Proletariat im Auftrag der Imperialisten in den Krieg gehetzt hatten, richteten nun selbst die Gewehre gegen die Arbeiterklasse. Sie retteten jetzt die Bourgeoisie vor dem Ansturm der proletarischen Revolution.

Karl und Rosa wurden ermordet! Aber ihr Vermächtnis lebt weiter. Es erfüllte die KPD Ernst Thälmanns und es lebt fort in unserer Partei, die im schonungslosen Kampf gegen den revisionistischen Verrat das Erbe der revolutionären KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns fortführt.

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!
ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

"Besser Aufstand, besser Revolution, als Krieg"

Am 1. Mai 1916 demonstrierten in Berlin 20 000 Menschen gegen den imperialistischen Krieg. Sie folgten dem Aufruf Karl Liebknechts. „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" schleuderte Karl Liebknecht auf offener Straße den Imperialisten ins Gesicht. Bei diesen Rufen wurde er verhaftet und ins Zuchthaus gesteckt. Aber 1918 drehten die Arbeiter und Soldaten die Gewehre um. Sie befreiten Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus. Er wurde der Führer der deutschen Revolution, für die er sein Leben lang gekämpft hatte.

1916 erklärte er vor Gericht:

„Die Macht der kapitalistischen Regierung und der herrschenden Klassen Deutschlands wie aller anderen Länder auf allen Gebieten, auch in erster Reihe ihre militärische Macht, zu schwächen, zu brechen und durch die bestimmende Macht des Proletariats zu ersetzen, das ist das proletarische Ziel des internationalen Sozialismus. Im proletarischen Kampf um den Frieden, um einen Frieden im sozialistischen Geist – ohne Eroberung und Vergewaltigung – vollzieht sich heute (...) der Kampf um jenes allgemeine Ziel der sozialen Revolution. Diesem Ziel, diesem Kampf gelten nach meinem Willen die Demonstration, das Flugblatt, die Rufe. Die höchste sozialistische Aufgabe ist es, das gesamte Proletariat für dieses Ziel, diesen Kampf zu gewinnen; auch die proletarischen Soldaten, die trotz Montur, Gewaltdisziplin und Kriegsartikeln proletarische Klassenkämpfer bleiben müssen, internationale Klassenkämpfer, auch und gerade im Kriege; auch die proletarischen Soldaten, denen die Pflichten der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes über alle militärischen Befehle gehen müssen.

Die höchste sozialistische Aufgabe ist es, dafür zu wirken, daß in naher Zeit dem imperialistischen Mordkommando – im Staatenkriege und im Bürgerkriege – hunderttausendfältig der trotzige Ruf antwortet: ‚Wir werden nicht schießen!' **Die höchste sozialistische Aufgabe ist es, alles zu tun, damit die große Massen des Volkes von der Gesinnung und dem Mute erfüllt werde, der dem bonapartistischen ‚Besser Krieg als Aufstand' entgegensetzt das sozialistische ‚Besser Aufstand, besser Revolution als Krieg!'**
Das ist das Hauptstück des Antimilitarismus."

Karl Liebknecht.
Erklärung an das Gericht nach seiner Verhaftung am 1. Mai 1916.

Fortsetzung von Seite 2

Genosse Schubert, Verleger des Roten Morgen:
"Was im Roten Morgen steht, sind Tatsachen, die Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können!"

Aber einmal ganz abgesehen von der Art dieser Obduktion, selbst wenn tatsächlich kein Nachweis mehr für äußere Gewaltanwendung zu finden gewesen ist, so ist dies überhaupt kein Beweis dafür, daß Genosse Routhier nicht ermordet wurde. Denn er wurde nicht von der Polizei erschossen, wie viele andere. Er erlitt durch die Mißhandlungen der Polizei kaum äußerliche Verletzungen, die 14 Tage danach, zum Zeitpunkt der Obduktion, vielleicht wirklich nicht mehr erkennbar sind, sondern eine tödliche Gehirnblutung. Es gibt ausreichend Zeugen für die Mißhandlungen durch die Polizei, und der ganze Krankheitsverlauf – von der Ohnmacht nach den Polizeischlägen über die zunehmenden Bewußtseinsstörungen bis zu seinem Tod – sprechen eindeutig und ohne Zweifel dafür, daß die tödliche Gehirnblutung durch die Mißhandlungen durch die Polizei ausgelöst wurde. **Ihnen ist dies bestens bekannt, da Sie ja auch die Dokumentation, in der dies klar nachgewiesen ist, beschlagnahmen ließen.**

Wenn es in dem Duisburger Urteil trotzdem heißt „Dies widerspricht dem gerichtsbekannten Obduktionsbefund", dann gibt es dafür nur 2 mögliche Erklärungen: Entweder hat der zuständige Gerichtsobduzent seine Aufgabe, keinen Anhaltspunkt für äußere Gewaltanwendung zu finden, übererfüllt und wider besseres Wissen einen „natürlichen Tod" bescheinigt oder das Duisburger Gericht hat den Angaben des Obduktionsbefundes zu den nicht erkennbaren äußeren Gewalteinflüssen noch etwas nachgeholfen.

Sicher, ich zweifle nicht an der Möglichkeit, Gerichtsmediziner zu finden, die „wissenschaftlich nachweisen", daß die tödliche Gehirnblutung garantiert nicht durch Polizeischläge, sondern zur gleichen Zeit ganz spontan eintrat, weil ihm ein Staubkorn auf den Kopf fiel, Und ich zweifle auch nicht, daß man „nachweisen" kann, daß Genosse Routhier nicht an einer Gehirnblutung, sondern an einem spontanen Blutgerinsel gestorben ist, wie es die bürgerliche Presse, vermutlich gestützt auf Polizeiberichte schrieb. **Aber solche Beweise sind genauso glaubwürdig wie die Befunde von gewissen Medizinern, die während des Faschismus als Todesursache der von der GESTAPO ermordeten Kommunisten „Herzversagen" u. ä. in den Totenschein eintrugen.**

Die Behauptung, Genosse Routhier sei eines natürlichen Todes und dann noch an einem Blutgerinsel gestorben, obwohl er an einer schweren Blutgerinnungsstörung litt, die Entstehung eines Blutgerinsels also extrem unwahrscheinlich ist, zeigt, in welche Widersprüche sich die Mörder und alle, die seinen Mord vertuschen wollen, bereits verwickelt haben.

Offensichtlich ist dem Dortmunder Amtsgericht, das den Strafbefehl für den ROTEN MORGEN Nr. 25 ausstellte, auch aufgefallen, daß bei der Entlastungsarbeit für die Mörder hier übers Ziel hinausgeschossen wurde und der bloße Anschein einer „unabhängigen Justiz" nicht mehr gewahrt werden kann. Während sonst unsere Behauptung des Polizeimordes immer im Zentrum des Beschuldigungen stand, heißt es hier plötzlich: „Die zitierten Formalbeleidigungen übersteigen jedes vertretbare Maß, **selbst wenn man davon ausgeht, daß der am 18. 6. 1974 eingetretene Tod des Günter Routhier auf die polizeiliche Räumung eines Sitzungssaales in Duisburg am 5. 6. 1974 zurückzuführen ist."**

Damit wurde zugleich eine weitere Entlastungslüge der Duisburger Polizei, die fast von der gesamten bürgerlichen Presse übernommen wurde, zurückgenommen, weil sie zu plump war. Die Lüge, daß Günter Routhier angeblich bei einer Demonstration vor dem Arbeitsgericht festgenommen wurde. Dies sollte von dem Polizeiterror im Arbeitsgericht ablenken, bei dem Genosse Routhier erschlagen wurde.

Inzwischen hat Frau Routhier Strafanzeige wegen Mordes gegen die Duisburger Polizei gestellt, und von einigen Teilnehmern des Trauerzugs, die von der Polizei zusammengeschlagen oder festgenommen worden sind, wurden Anzeigen wegen Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung im Amt und Körperverletzung gestellt. Aber wir Kommunisten machen uns keinerlei Illusionen. Denn in einem Staat, in dem faschistische Massenmörder wie Borm freigesprochen werden und die Polizei in den letzten Jahren reihenweise Menschen erschießen konnte, ohne je dafür belangt zu werden, in einem Staat, in dem der ermordete kommunistische Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Fiete Schulze, mit Zustimmung des Bundesverfassungsgerichtes „Mörder" genannt werden kann, wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Verantwortlichen für die Ermordung des Kommunisten Günter Routhier zur Rechenschaft gezogen werden. Stattdessen werden, wie es sich in den letzten Wochen nach der Ermordung von Günter Routhier bereits gezeigt hat, ein Riesenheer von Staatsanwälten, Richtern und Tausenden Polizisten in Bewegung gesetzt, um angeblich gegen „Beleidigungen und Verunglimpfungen der Polizei und des Staates", in Wirklichkeit aber gegen die vorzugehen, die die Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter Routhier verbreiten und die Verbrechen der herrschenden Kapitalistenklasse anprangern.

In einem der Ermittlungsverfahren haben Sie besonders den folgenden Satz als eine „böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung" hervorgehoben: **„Glühender, unversöhnlicher Haß gegen jene, die da oben in ihren Konzernbüros und Banken, in Parlament und Regierung sitzen. Die bereit sind, mit Terror und Mord ihre diktatorische Herrschaft über die Arbeiterklasse, über das Volk aufrechtzuerhalten."**

Es ist eine bewiesene Tatsache und keine Verächtlichmachung, daß die herrschende Kapitalistenklasse bereit ist, mit Terror und Mord ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und Sie werden durch noch so viele Strafanzeigen nichts daran ändern können, daß wir dieser Klasse und ihrem Staat glühenden, unversöhnlichen Haß entgegenbringen.

Ich weiß, Sie können sich auf Gesetze, vor allem die reaktionären „Staatsschutzgesetze" berufen, die sich weitgehend auf die Staatsschutzgesetze des Hitlerfaschismus stützen und die unter Bruch des Potsdamer Abkommens zustande kamen, das im Rahmen der antifaschistische Maßnahmen solche Gesetze ausdrücklich verboten hat. Sie haben daher auch die Möglichkeit, alle zu verfolgen und einzukerkern, die den Charakter dieses Ausbeuterstaates entlarven und vor allem die richtige Schlußfolgerung daraus ziehen: die für den gewaltsamen Sturz dieser kapitalistischen Ausbeuterordnung und die wirkliche Demokratie der Werktätigen, die DIKTATUR DES PROLETARIATS kämpfen.

Durch alle ihre angedrohten Strafen aber werden Sie mich nicht einschüchtern können und Sie werden erst recht nicht die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, deren Zentralorgan der ROTE MORGEN ist, in ihrer revolutionären Arbeit aufhalten können. Im Gegenteil! Trotz des Terrors dieses Kapitalistenstaates einschließlich seiner Justiz werden sich immer mehr in den Kampf für die sozialistische Revolution einreihen, und spätestens in einem sozialistischen Deutschland, wenn nicht mehr „im Namen des Volkes" gegen das Volk gerichtet wird, sondern das Volk seine alten Ausbeuter und Unterdrücker richtet, wird auch der Mord an Genossen Günter Routhier gesühnt und diejenigen, die mit Terror und Paragraphen die Wahrheit unterdrückt haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

gez. Gernot Schubert.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Drei Genossen, die als Zuschauer am Prozeß gegen Genossen Klaus Kercher teilgenommen hatten, erhielten jetzt einen Strafbefehl über 840 DM. Damals waren insgesamt 14 Genossen festgenommen worden, weil sie – nachdem die Polizei den Zuschauerraum geräumt hatte, einige Zeit später wieder in das Gerichtsgebäude gegangen waren.

MANNHEIM

Genosse Ulrich Luther wird seid einiger Zeit in strenger Isolierhaft gehalten. Jetzt ist diese Art der Folter noch dadurch verschärft worden, daß Genosse Luther auch das Essen nicht mehr von den Hausarbeitern bei der allgemeinen Essensausgabe und in den dafür vorgesehenen Tellern oder Schüsseln erhält, sondern außerhalb dieser Zeit in Thermosbehältern oder anderweitig spezialverpackt und aus den Händen von Polizisten. Genosse Luther hat am 16.7. 74 der Gefängnisleitung mitgeteilt, daß er sich weigert, diese Sonderbehandlung mitzumachen. Die Gefängnisleitung hat ihn daraufhin vor die Alternative gestellt, entweder gar nicht zu essen oder sich dieser Verschärfung der Folter zu unterwerfen. In einer Erklärung des Genossen vom 22.7. heißt es: „Ich habe nichts angenommen – und ich werde erst dann wieder Nahrung annehmen, wenn ich sie bei der allgemeinen Essensausgabe – wie alle anderen Gefangenen auch – von den Hausarbeitern bekomme. Ich befinde mich **nicht** im Hungerstreik. Mir wird die Nahrung vorenthalten."

HAMBURG

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, und Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, erhielten jetzt eine Anklageschrift und die Ankündigung für einen Prozeß wegen angeblicher „Beschimpfung und Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland" und „Beleidigung des gesetzgebenden Organ des Bundes".

„Beschimpft", „beleidigt' und „verächtlichgemacht" fühlt sich die Bourgeoisie in einem Artikel des ROTEN MORGEN Nr. 23/73, in dem unter der Überschrift „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen" der Bundestag als eine Schwatzbude der Imperialisten entlarvt wird und gesagt wird, daß diese Schwatzbude durch den Kampf der Massen auseinandergejagt werden muß.

MÜNCHEN

Am 26.7. wurden die Genossen Karl H. und Walter H. in München zu je 1 200 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie im Januar Flugblätter zum Prozeß gegen den Genossen Sascha Haschemi verteilt hatten. Die Genossen hatten vorher bereits Strafbefehle erhalten. Während des Prozesses wurden die schriftlichen Notizen des Genossen Walter beschlagnahmt, weil in ihnen die Rede war vom Polizeimord an Genossen Routhier und an Günter Jendrian. Staatsanwalt Emrich kündigte dem Genossen gleich einen neuen Prozeß deswegen an. – Er fühlte sich wohl besonders getroffen. Schließlich war er mitverantwortlich für den Polizeieinsatz, bei dem Günter Jendrian starb.

NÜRNBERG

Nach 9-monatiger Berufungsverhandlung wurde der Nürnberger Rechtsanwalt D. Berthmann wegen „übler Nachrede' zu 3 000 DM Geldstrafe verurteilt. Berthmann hatte in einem Plädoyer gesagt: „Es ist sattsam bekannt, daß auf dem Nürnberger Polizeirevier 4 geprügelt wird und Zeugenaussagen erpreßt werden." 80 Polizeibeamte hatten sich daraufhin „ beleidigt" gefühlt.

Genosse Klaus Kercher freigekämpft!

Wir hatten im letzten ROTEN MORGEN berichtet, daß Genosse Kercher am 19.7. während einer Veranstaltung in Reutlingen, bei der er öffentlich aufgetreten ist, von der Polizei heimtückisch verhaftet wurde. Jetzt, nach 6 Tagen Haft, mußte Genosse Kercher wieder freigelassen werden. Dies ist ein Erfolg des Kampfes, den die Partei und die Rote Hilfe um die Freilassung des Genossen geführt hatten.

Genosse Kercher war am 2. Mai dieses Jahres nicht bei seinem Prozeß erschienen, wo er wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag angeklagt war. Er protestierte damit dagegen, daß die bürgerliche Klassenjustiz den Prozeß durchführen wollte, obwohl der Rechtsanwalt des Genossen den betreffenden Termin nicht wahrnehmen konnte. In einem Einschreiben an das Amtsgericht schrieb er „daß ich bei den nächsten Verhandlungsterminen, bei denen mein Verteidiger anwesend sein kann, vor Gericht erscheinen werde..."

Nach seiner Festnahme am 19.7., so berichtet jetzt Genosse Kercher, wurde er zusammen mit einem anderen Genossen zunächst ins Polizeipräsidium in Reutlingen gebracht. Als der mitgefangene Genosse wieder freigelassen wurde, rief er in die Zelle des Genossen Kercher: „Klaus, wir holen Dich raus!" Zwanzig Minuten später holten Polizisten den Genossen Kercher aus der Zelle und brachten ihn für die Nacht, „um allen Eventualitäten vorzubeugen", in einen anderen benachbarten Ort. Dies zeigt die Angst, die die Polizeischergen schon heute vor dem Kampf der Partei haben.

Während seiner sechstägigen Haft führte der Genosse Kercher den Kampf der Partei, den er schon bei der Roten Antikriegstagsdemonstration und im Gerichtssaal geführt hatte, fort. Er rief Parolen in der Zelle und führte Diskussionen mit seinen Mitgefangenen beim Hofgang. Einer von ihnen will, wenn er wieder in seiner Heimatstadt ist, auf eine Veranstaltung der Partei gehen.

Inzwischen wandten sich die KPD/ML und die ROTE HILFE an die breite proletarische Öffentlichkeit in Reutlingen und prangerten den Polizeiterror gegen Genossen Kercher und die Partei an. Der Boden für diese Propaganda war sehr gut: Überall hingen noch die Plakate und Aufkleber zum Polizeimord an Genossen Routhier.

Am Mittwoch gab dann das bürgerliche Gericht einem Einspruch des Rechtsanwalts des Genossen Kercher, J. Lang, vom 8. Juli (!) gegen den Haftbefehl statt. **Sofort nach seiner Freilassung ging der Genosse Kercher auf eine Veranstaltung der ROTEN HILFE und wurde dort stürmisch begrüßt.**

Solidarität

AN DAS ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN - LENINISTEN

Liebe Genossen!

Wir erhielten soeben mit Schmerz und Zorn die Nachricht von der Ermordung des Genossen Günter Routhier in Duisburg, ein Mord, der verübt wurde von der deutschen Polizei, im Dienste der Reaktion.

Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) möchte Euch im Namen aller ihrer Mitglieder unsere aufrichtigste internationale Solidarität übermitteln.

In jedem Augenblick haben unsere beiden Parteien bewiesen, daß sie durch enge Bande der Kameradschaft verbunden sind, Bande, die beruhen auf den unbezwinglichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. In jedem Augenblick haben wir Eure Siege und Erfolge in Eurem harten Kampf gegen die deutsche Reaktion, gegen den US-Imperialismus, gegen den russischen Sozialimperialismus und gegen den modernen Revisionismus für Siege und Erfolge gehalten, die auch uns und alle Revolutionäre der Welt stärken. Genauso sind unsere Erfolge und Siege unter den schwierigen Bedingungen der faschistischen Illegalität auch Erfolge für Euch und für die gesamte internationale marxistisch-leninistische kommunistische Bewegung. Deswegen fühlen wir auch heute, in diesen traurigen Augenblicken den Schmerz über den Verlust eines Mitglieds der deutschen Avantgarde, des Genossen Günter Routhier, wie unseren eigenen.

Blutsbande einen unsere beiden Völker und unsere beiden Parteien. Niemals können wir vergessen, daß in den heldenhaften Internationalen Brigaden, die zusammen mit unserem Volk gegen die faschistischen Horden kämpften, die deutschen Freiwilligen einen Ehrenplatz einnahmen und mit ihrem Blut die Felder unseres Heimatlandes tränkten. Diese Bande sind unzerstörbar und werden immer gegenwärtig sein in unseren kameradschaftlichen und brüderlichen Beziehungen.

Die Tatsache, daß heute die deutsche Reaktion ihre repressiven Schläge gegen Eure Partei konzentriert, ist ein Beweis mehr für Euer Erstarken, der Richtigkeit Eures Kampfes, der Furcht des Klassenfeindes vor einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei. Aber die Verbrechen der Reaktion schwächen die wahrhaften Revolutionäre nicht, sondern sie geben noch mehr Kampfgeist und Mut, um unseren gemeinsamen Kampf gegen den Yankee-Imperialismus und die Reaktion im allgemeinen, gegen den russischen Sozialimperialismus und gegen seine revisionistischen Abteilungen, die in die Arbeiterbewegung eingedrungen sind, zu führen.

Noch einmal, liebe Genossen, wiederholen wir Euch unsere restlose Solidarität und unser tiefes Beileid für die Ermordung des Genossen Günter Routhier.

Vorwärts unter den roten und unbezwinglichen Fahnen des Marxismus-Leninismus!

Es lebe der aktive proletarische Internationalismus!

Madrid, Juli 1974
Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten).



Ab sofort gilt als Spendenkonto der KPD/ML zur Unterstützung politisch Verfolgter das unten angegebene Konto. Wir bitten unsere Leser, ab sofort auf das Konto Karin Wagner, Dortmund, keine Beträge mehr einzuzahlen, da dieses Konto nicht mehr weitergeführt wird.
Die neue Konto-Nr. lautet:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund,
Kto. Nr. 321 004 547

Bundesverfassungsgericht gegen RAG-Mieter

"Eigentum muss geschützt werden"

Im Herbst 1973 erhielten einige tausend Bergarbeiterfamilien einen Brief mit den neuen „Mietbedingungen" der RAG (Ruhrkohle AG). Geplant war von den Zechenherren, nach und nach für alle 68 000 Mieter der zecheneigenen Wohnungen die Miete um 25 bis 50% zu erhöhen.

Die Empörung der Mieter war damals groß. 5 000 weigerten sich, die neuen Mietbedingungen zu unterschreiben. Auf Gewerkschaftsversammlungen und auf den Zechen wurde über Kampfmaßnahmen diskutiert.

Die RAG schob die Mieterhöhungen zunächst auf, um die für die Mieteinklagungsprozesse notwendigen Vergleichswohnungen zu finden.

Dieser Aufschub allein allerdings hätte die RAG vor Kampfmaßnahmen von tausenden von Bergarbeiterfamilien nicht gerettet. **Wer helfend in die Bresche sprang, war die D„K"P.** Sie rief auf, dem Beispiel der 5 000 zu folgen, die neuen Mietbedingungen nicht zu unterschreiben. Mieter, die gehofft hatten, daß jetzt der organisierte Kampf von tausenden gegen die RAG-Kapitalisten beginnen würde sahen sich allerdings getäuscht.

Die D„K"P erklärte ihnen, man brauche sich keine Sorgen zu machen, die Mieterhöhungen durch die RAG seien völlig illegal, da sie die Mieten erhöht hätte, ohne die notwendigen Vergleichswohnungen parat zu haben. Das Recht sei auf der Seite der Mieter. Nachdem die RAG den ersten Prozeß in Bottrop gewann, schien die D„K"P dann doch recht zu behalten: das Landgericht Essen lehnte dann die Mieteinklage der RAG ab. Die Mieter brauchten die Mieterhöhung nicht zu zahlen. – Was die D„K"P dann in der UZ als Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik feierte.

Die Klassenjustiz auf der Seite der Mieter? Verkehrte Welt – möchte man meinen. Nun, seit einigen Tagen ist der Zauber des „Rechtsstaates" auch in Punkto RAG-Mieten vorbei. Das Bundesverfassungsgericht hat das Urteil des Landgerichts Essen und andere ähnliche Urteile aufgehoben: grundlegend für die Rechtssprechung habe die Verfassung zu sein und darin stehe daß das Eigentum geschützt werden müsse. Im Falle der RAG habe aber die Anwendung der Vorschrift, bei geplanter Mieterhöhung eine Vergleichswohnung anzugeben „im praktischen Ergebnis weitgehend zu einem im Gesetz nicht angeordneten Mietstop" geführt. – Also ist das Essener Urteil verfassungswidrig.

Klarer kann nicht festgestellt werden, welche Aufgaben die bürgerlichen Gerichte bei Mieterprozessen haben: die Gesetze so anzuwenden, daß unter allen Umständen das „Eigentum geschützt", spricht der Mietwucher legalisiert wird und der Mieter ausgeplündert werden kann. **Damit ist aber auch die Seifenblase der D„K"P vom „David, der Goliath besiegen kann", wenn er die Schleuder des bürgerlichen Gesetzes nur wortradikal genug gebraucht, geplatzt.**

Die Arbeiterklasse kann sich gegen die Kapitalistenklasse nicht zur Wehr setzen, wenn sie auf die bürgerlichen Gesetze und das bürgerliche Gericht vertraut. Sie kann nur Siege erringen, wenn sie auf revolutionäre Weise den Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat führt.

Der D„K"P ist natürlich klar, daß bei den jetzt endgültig ins Haus stehenden Mieterhöhungen für die Bewohner der RAG-Wohnungen mit ihrer alten Parole: die Richter werden schon für das Volk richten! nicht mehr viel ausrichten kann. Ihre neue Parole heißt: Mietstopp ...

Polizeimord an jungem Arbeiter

Mannheimer Jugendlicher in Haft

Seit dem 19.7.74 sitzt ein Jugendlicher aus dem Mannheimer Stadtteil Käfertal in Haft. Er soll angeblich einen Polizisten mit der Pistole bedroht haben. Mit diesem Terror und diesen Lügen soll in faschistischer Manier der Polizeimord an dem jungen Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko als „Notwehr" „gerechtfertigt" werden.

Am 18.7. abends hatten zwei zivile Polizisten einer Sonderstreife zur „Bekämpfung von Gewaltverbrechen" zwei Passanten angegriffen. Einem von beiden gelingt es, im nahegelegenen „Disco Club 88" Hilfe zu holen. Die Polizisten schießen sofort. Dabei wird der 32-jährige Lutz F. in den linken Oberschenkel getroffen, Karl T. in den Bauch. Beide brechen zusammen. Als Karl T. wieder aufstehen will, schießt der Polizist noch einmal – in die Leber. Ungeachtet der Gefahr, die es bedeutet, gelingt es, einem der Polizisten seine Pistole zu entreißen. Er wird von den Gästen des Lokals zu Boden geworfen und festgehalten. Der andere Polizist schießt weiter. Hans-Jürgen Remiszko bricht – in den Hals getroffen – zusammen. Einer der Gäste hält jetzt diesem Polizisten die Pistole des anderen an die Schläfe: Er soll seine Pistole wegwerfen.

Währenddessen kommen weitere bewaffnete Polizisten. Keiner kümmert sich um die Niedergeschossenen. Stattdessen werden die Gäste des Lokals bedroht, an die Wand gestellt, durchsucht. Einer, der die Polizisten wegen der Ermordung seines Freundes Hans-Jürgen beschimpft, wird von 6 Polizisten an den Haaren fortgeschleift, mit Schlägen und Fußtritten traktiert.

Noch in der gleichen Nacht wird einer der Gäste des Lokals aus dem Bett heraus verhaftet – weil er einen Polizisten mit der Pistole bedroht haben soll. Abgesehen davon, daß es nicht nur richtig und außerdem äußerst mutig war, daß einer der Gäste des Lokals versucht hat, auf diese Weise dem Morden ein Ende zu machen, ist die Festnahme gerade dieses Jugendlichen völlig willkürlich.

Sie beweist, daß es der Polizei nur um eines geht – von ihrem Mord abzulenken, die Opfer als die „Mörder" hinzustellen, ihre „Notwehrsituation" zu „beweisen". Dabei schreckt sie auch nicht davor zurück, eine regelrechte Rufmordkampagne gegen die Angehörigen des ermordeten Hans-Jürgen Remiszko zu starten, wobei sie in zynischer Weise ausnutzt, daß diese Familie gezwungen war, in den sogenannten „Benz-Baracken", einem Elendsviertel in Mannheim, zu wohnen.

Dieser Versuch, den Polizeimord als „Notwehr" zu vertuschen, ist kein Zufall. Die Bourgeoisie, die planmäßig den Terror gegen die Werktätigen und besonders gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten vorbereitet und betreibt, die sich MEKs, „Mordeinsatzkommandos" schafft, die nach dem Vorbild der Gestapo und der SS auf die physische Vernichtung des Gegners gedrillt werden – sie betreibt gleichzeitig im Stil der Nazipropaganda eine systematische Lügenhetze, mit der der „immer unschuldigen" Polizei gegen das „immer schuldige" Volk ein Persilschein zum Arbeitermord ausgestellt wird.

Wie hetze ich erfolgreich
Rezept für Lokalberichterstatter!

Du hörst zum Beispiel: Da im Norden
Ist jemand totgeschlagen worden.
Nimm eine Taxe! Fahr hinaus
Und horche die Umgebung aus!

Dort interviewst Du im Vertrauen
Zuerst Portiers - und Lokusfrauen!
Und da erfährst Du erst einmal
Nicht weit sei ein Rotfrontlokal.

Das wäre schon ein Hauptindiz.
Drum überschreibe die Notiz:
"Der Geist der Zeit! Schon wieder mal
Ein Mord vor dem Rotfrontlokal!"

Und dann ist sicher jemand da,
Der den Verbrecher türmen sah.
Bist Du geschickt, so bekommst Du raus:
Der Mann sah kommunistisch aus.

Ein Wach - und Schließmann wird Dir sagen:
Er habe in den Parkanlagen,
Gleich um die Ecke, 11 Uhr 10
Zwei Rote Frontler stehen sehn.

Indizien hast Du jetzt 'ne Menge!
Das reicht für hundert Zeilen Länge.
Und zeige auch im Stil Geschmack.
Schreib immer: Kommunistenpack.

In Logik sei recht unverfroren!
Gib Deiner Phantasie die Sporen!
Das Blättchen, dem Du dienen mußt,
Nimmt solches Manuskript mit Lust.

Und stellst Du dann mit leiser Klage
Am Schluß die aktuelle Frage
Ans Polizeipräsidium:
"Wie lange geht der Geist noch um?"

Wirst Du der allgemein gegebnen
Verbotstendenz die Wege ebnen
Und nicht nur Rotationsmaschinen,
Nein, auch der Staatserhaltung dienen.

Erich Weinert, 1929

Veranstaltung:

Veranstaltung der Roten Hilfe Recklinghausen/Herten: „Was will die Rote Hilfe?" 3. 8. 74, 18.30 Uhr, Gaststätte „Lindenhof", Dortmunder Str.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ○ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ,..............................

Postleitzahl/Ort ....

Straße..............................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr. Mi: 16.00 - 19.00 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL: Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

POLIZEI BESCHLAGNAHMT DEMONSTRATIONSFILME

BAYRISCHER RUNDFUNK:

Korrespondenz. Während der Filmarbeiten zu einem revolutionären Film entdeckten wir, daß im Archiv des Bayrischen Fernsehens der Film über die Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 fehlt. Da wir das Material dringend brauchten, beschwerten wir uns beim Archivleiter. Er erzählte uns dann, daß die Polizei sofort nach Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Demonstrationen mit quitschenden Reifen im Fernsehen ankommt und die Originale beschlagnahmt. Außerdem in die Schneideräume geht, die Schnipsel und Reste aus den Papierkörben holt und alles mitnimmt.

Als wir daraufhin unter dem "Stichwort" Auseinandersetzungen mit der Polizei nach anderen Demonstrationsfilmen suchten, stellte sich heraus, daß im Archiv des Bayrischen Fernsehens seit 1972 keinen einzigen Film mehr darüber gibt. Alles beschlagnahmt.